



Protokoll

2. Sitzung des Gemeinderates Montag, 19. Juni 2006, 18:00 Uhr, Gemeinderatssaal

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Jahresrechnung Oberstufenschule 2005
(Antrag Nr. 303)
- 3 Geschäftsbericht 2005, Oberstufenschule
(Antrag Nr. 309)
- 4 Antrag der Oberstufenschulpflege betreffend Genehmigung Abrechnung Kredit von Fr. 300'000 (inkl. MWSt.) für den Ausbau des Dachstockes in eine Mediothek/Bibliothek im Rahmen der Altbaurenovation der Schulanlage Freiestrasse
(Antrag Nr. 268)
- 5 Jahresrechnung 2005
(Antrag Nr.)
- 6 NPM Jahresberichte 2005
(Antrag Nr. 307)
- 7 Geschäftsbericht 2005
(Antrag Nr. 306)
- 8 Industriestrasse, Fussgängerschutz und Sanierung, Bauprojekt, Weisung an Gemeinderat
(Antrag Nr. 310)
- 9 Privater Gestaltungsplan «Kunz Baumschulen AG, Uster» Weisung an den Gemeinderat
(Antrag Nr. 292)
- 10 Zweckverband Spital Uster, Vorschlag für den Verwaltungsrat, Wahl der Delegierten für die Amtsdauer 2006/2010, Überweisung an den Gemeinderat
(Antrag Nr. 3)

- 11 Zweckverband Kehrichtverwertung Zürcher Oberland KEZO, Vorschlag für den Verwaltungsrat, Wahl der Delegierten für die Amtsdauer 2006/1010, Überweisung an den Gemeinderat
(Antrag Nr. 2)

Präsenz

Vorsitz	Harry Kohler, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel
Anwesende	33 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Sabine Wettstein, Abteilungsvorsteherin Bildung Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Verspätet	Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet
Entschuldigt	Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Christian Wüthrich Stefan Lehmann Ernst Fahrni
Verwaltung	Marianne Biber, Präsidentin Oberstufenschulpflege
Presse	Werner Frei, ZO Christian Brändli, AvU (kommt später dazu) Frank von Niederhäusern, SDA

Begrüssung durch den Präsidenten.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 1. Sitzung des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

Persönliche Erklärungen:

Keine.

Fraktionserklärung(en):

Keine.

1 Mitteilungen

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Information über den Uster-Cup 2006 von Thomas Kübler
- Beschluss Nr. 233 des Stadtrates vom 23. Mai 2006 betreffend Wahlbüro, Renate Oertle, Uster, Wahlbüromitglied, Wahlablehnung, Zustimmung
- Beschluss Nr. 235 des Stadtrates vom 23. Mai 2006 betreffend Voranschlag 2007, Inhaltliche Budgetierungsrichtlinien, Verabschiedung durch Stadtrat
- Broschüre Nr. 16/April 2006 vom Paul Scherrer Institut betreffend Holz-ein wandlungsfähiger Energieträger
- Schreiben der ZKB vom Mai 2006 betreffend Broschüre Gemeinde-Info 2006
- Danksagung der Trauerfamilie Künzler vom Mai 2006 betreffend Todesfall Hansjörg Künzler
- Broschüre des Familienzentrums Uster
- Broschüre des Bildungszentrums Uster, Frühjahr 2006

2 Antrag des Stadtrates betreffend Jahresrechnung Oberstufenschule 2005 (Antrag Nr. 303)

Im Ausstand befinden sich Regula Trüeb, Rolf Denzler und Tobias Deininger als Näniker sowie Werner Egli als Schulgutsverwalter.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Ruedi Locher.

Laufende Rechnung

Die Rechnung 2005 der Oberstufenschulgemeinde Uster weist einen **Aufwandüberschuss von 447'647.33. auf**. Gegenüber dem Budget 2005 ist der Fehlbetrag allerdings um 800'352.70 geringer ausgefallen.

Der **Ertrag von Fr. 15'625'020.80** der laufenden Rechnung (Vj. 14'579'154.62) liegt mit einer Abweichung von Fr. 8811220.- höher als der budgetierte Ertrag von Fr. 14743'800.-. Dies Dank höherem **Steuerkraftausgleich von 510'000.-** und zusätzlichen Steuereinnahmen aus früheren Jahren. Die **ordentlichen** Steuereinnahmen sind praktisch budgetgenau.

Der Aufwand 2005 betrug Fr. 16'072'668.13 (Vj. = 14'975'110.50) budgetierten war ein **Aufwand von Fr. 15'991800.-**

Die Mehrausgaben ergaben sich hauptsächlich aus den Positionen Vikariate, Zusatzunterricht und Sonderpädagogik, Heimversorgungen/ext. Schulung, und wiederum erhöhten Beiträge an die Kant. Mittelschulen von Fr. 1,115 Mio gegenüber 468'000.- im Jahre 2004.

Die Minderaufwendungen resultieren zur Hauptsache infolge der Nichtausführung durch terminliche Verzögerung der „Berufswahlschule“, was geringere Abschreibungen von Fr. 436'000.- zur Folge hatte.

Diese werden allerdings im folgenden Rechnungsjahr 2006 erfolgswirksam erscheinen.

Steuern/Steuerkraftausgleich

Der **Steuerkraftausgleich fiel mit Fr. 1'910'185.00 massiv höher** aus als die im Budget vorgesehenen Fr. 1,4 Mio. Demgegenüber steht das Vorjahr mit Fr. 1'247'000.-. Ebenso erhöht haben sich die Steuer-Einnahmen aus früheren Jahren, nämlich auf **Fr. 1'138'489.15, budgetiert waren Fr. 800'000.-**. wogegen die ordentlichen Steuern eine Abnahme um ca. 330'000.- auf Fr. 9'774'930.70 erfahren haben.

Verdoppelt gegenüber dem Budget haben sich die Steuerlasse und Abschreibungen/Verluste; insgesamt Fr. 92'374.85 zu 55'000.- Budgetbetrag und Fr. 60'312.85 gegenüber dem Vorjahr. Steuerbezugskosten sind um 45'000.- als budgetiert, jedoch gleich wie im Vorjahr 04. Die gewünschte **Kostensenkung** konnte nicht realisiert werden.

Investitionen

Es wurden insgesamt netto nur **904'948.55 Fr. investiert**. Der Voranschlag lautete auf **Fr. 5'800'000.-**. Vorjahr Fr. 919'029.85.

Begründung sind die Nichtrealisation 2005 der BWS.

Nach erfolgter Finanzabsicherung und dann wegen Nichtgebrauch dieser liquiden Mittel wurden dieselben an die Stadtkasse Uster abgetreten, gegen eine übliche Verzinsung.

+

Diese Investitionen 2005 setzen sich hauptsächlich wie folgt zusammen:

Planung SH Krämi	Fr. 56'331.55
Pavillon Freiestrasse,	Fr. 446'503.70
Sanierung BWS,	Fr. 301'109.75
Planung Umbau Weidli,	Fr. 22'647.60
Umbau Abwartwohnung Weidli.	Fr. 78'355.95

Bilanz

Die OS weist per Rechnungsabschluss 2005 **Aktiven von Fr. 27'597'443.09** aus, welches sich aus dem **Finanzvermögen von Fr. 12'732'443.09** und dem **Verwaltungsvermögen von Fr. 14'865'000.00** zusammensetzt.

Demgegenüber stehen die Passiven mit einem **Fremdkapital von Fr. 5'678'609.25** und dem **Eigenkapital über Fr. 21'918'834.84**.

Im nun hohen Finanzkapital sind die ungebrauchte Hypothek von Fr. 5 Mio ausgewiesen, welche nach Erstellung der BWS-Schule ins Verwaltungsvermögen umgebucht wird.

Die beiden Legate nämlich der „Armbrustfond“ im Betrage von 17911.25 und der „Unterstützungsfond für schulische Zwecke jeglicher Art“ Fr. 53'703.30 sind korrekt ausgewiesen. Eine mutierte Inventarliste „Mobilien“ liegt ebenso vor.

Rechnungsprüfung/Belege/Buchführung

Bei der stichprobenweisen Prüfung waren alle Rechnung vollständig vorhanden und die entsprechenden Buchungen korrekt vorgenommen worden. Ueber die einzelnen Buchungen, Belege und über deren „sachlichen und finanziellen“ Inhalt verweist der Revisor auf das separate Prüfprotokoll.

Die KBK und die RPK haben der Jahresrechnung 2005 (und dem Jahresbericht 2005) einstimmig zugestimmt und empfehlen Annahme derselben

Oder :

Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt Annahme dieser Jahresrechnung.

Für die RPK

Rudolf Locher

Für die SVP-/EDU-Fraktion referiert Ruedi Gysi.

Geschäftsbericht 2005 Oberstufenschule Uster (Antrag Nr. 309) Jahresrechnung 2005 Oberstufenschule Uster (Antrag Nr. 303)

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Oberstufenschulgemeinde Uster hat in den letzten Jahren , dh. von 1995 bis 2003 grosse Ertragsüberschüsse erzielt und damit Eigenkapital in der Grössenordnung von über Fr. 13 Mio. gebildet. Im Jahr 2004 musste erstmals seit langer Zeit wieder ein Aufwandüberschuss von rund 400'000 Franken hingenommen werden. Auch im nun zur Abnahme stehenden Rechnungsjahr 2005 ist wiederum ein Aufwandüberschuss, dieses Mal mit rund 450'000 Franken zu verzeichnen.

Gesamthaft stehen also 2 Aufwandüberschüsse von rund 850'000 Franken diversen Einnahmenüberschüssen von Fr. 13 Mio. gegenüber.

*Es ist somit, trotz erwiesenermassen steigenden Schulbetriebskosten, kein Grund zur Panik angebracht. Das Eigenkapital der Schulgemeinde ist mit Fr. 22 Mio. komfortabel. Es können somit auch schwächere Jahre, wie 2004 und 2005, gut überstanden werden. **Eine Steuerfusserhöhung steht jedenfalls für die SVP-Fraktion, aktuell und auch auf das Budget 2007 bezogen, sicher nicht zur Debatte.***

Wichtig für unsere Fraktion ist, dass der Schulbetrieb eine hohe Qualität aufweist. Aufgrund der Vergleiche der Rechnungsabschlüsse der letzten 5 Jahren ist denn auch ersichtlich, dass die Kontogruppe 94 = der Schulbetrieb der Oberstufe, mit genügend Mitteln versorgt wurde. Die Budgets des „Schulbetriebes“ waren meist höher eingestellt, als effektiv bezogen worden ist.

Sorgen bereitet der SVP die Entwicklung der Sonderschulungskosten. Betrogen diese Kosten im Jahr 2001 noch ca. Fr. 600'000 (ohne Schulpsych. Beratungsdienst) so sind es für das Jahr 2005 bereits Fr. 1 Mio. Im Verhältnis zu den Schulbetriebskosten dieser Schule werden somit bereits 15% für Sonderschulmassnahmen ausgegeben.

Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen Annahme von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005.

*SVP Fraktion Uster
Ruedi Gysi*

Uster, 19.6.2006

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 0 Stimmen (einstimmig)

die Jahresrechnung 2005 der Oberstufenschule Uster (Antrag Nr. 303) zu genehmigen.

3 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsbericht 2005, Oberstufenschule (Antrag Nr. 309)

Im Ausstand befinden sich Regula Trüeb und Rolf Denzler als Näniker sowie Werner Egli als Schulgutsverwalter.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Reto Dettli.

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Als Referent der Kommission KBK erlaute ich Ihnen im Folgenden die Prüfung des Geschäftsberichtes der Oberstufe Uster. Anlässlich einer Vorbesprechung mit der Präsidentin der Oberstufe, Frau Marianne Biber, wurde der Geschäftsbericht durch die KBK-Ausschussmitglieder Rudolf Locher und Reto Dettli eingehend diskutiert.

Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, dass auch die Oberstufe ein Teil der ständigen Baustelle Bildung im Kanton Zürich ist. Durch die laufenden Veränderungen werden hohe Anforderungen an den Betrieb und die Weiterentwicklung der Oberstufe gestellt. Wir haben Einblick in eine engagierte Organisation erhalten!

Die geleiteten Schulen an der OS bewähren sich und entlasten die Schulpflegemitglieder erheblich. Zum ersten Mal wurden auch MAB-Gespräche mit den Schulleitungen durchgeführt, d.h. auch die SchulleiterInnen unterliegen einem Beurteilungsgespräch und einem Beurteilungsraster.

Eingehend diskutiert wurde die Führungsstruktur und die Führungsinstrumente der OS. Aus dem Geschäftsbericht ist die Struktur mit den einzelnen Ausschüssen ersichtlich, deren Aufgaben sind in der Geschäftsordnung beschrieben. Aus dem Geschäftsbericht geht jedoch nicht hervor, welche Zielsetzungen die OS als Ganzes und die einzelnen Ausschüsse im jeweiligen Jahr anstreben und ob diese auch erreicht wurden. Dieser Mangel sollte im nächsten Geschäftsbericht korrigiert werden. Der Unterschied zu den mit NPM geführten Geschäftsfeldern der politischen Gemeinde ist mittlerweile offensichtlich geworden. Aus Sicht der KBK besteht hier Handlungsbedarf, die Einführung von NPM in der OS erachten wir als nötig. Die KBK wünscht die flächendeckende Einführung von NPM in der Oberstufe per 1.1.2009. So sollte genügend Zeit bleiben um die Erfahrungen mit der beabsichtigten Führung der KUSS mit NPM auszuwerten und für die weiteren Schulen zu nutzen.

Die Erweiterung der Berufswahlschule wird zeitlich verzögert realisiert, da die OS das Bearbeitungsteam für das Vorprojekt wegen drohenden Kostenüberschreitungen und basierend auf einer Ausschreibung ausgewechselt hat. Die Gründe der zeitlichen Verzögerung sind im Geschäftsbericht leider nicht adäquat erläutert. Die nötigen Hypotheken zur Finanzierung wurden jedoch bereits aufgenommen, die daraus entstehende Liquidität konnte gemäss Angaben der Schulpräsidentin der Stadt Uster zur Verfügung gestellt und angemessen verzinst werden. Der finanzielle Schaden hält sich für Uster somit in Grenzen.

Weiter diskutiert wurden die Qualitätsentwicklung in den einzelnen Schulhäusern (Q-Projekte), Fragen zu Gewalt und Aggressivität auf den Schulplätzen sowie über den Bedarf an neuem Schulraum. Die OS ist zu Letzterem der Meinung, dass sie keinen neuen Schulraum im Krämeracker benötigt und bei unvorhergesehen höheren Schülerzahlen Pavillons oder Containern einsetzen will.

Über die langfristig anzustrebende Integration der OS in die politische Gemeinde der Stadt Uster haben wir uns auch unterhalten. Aus Sicht der "Arbeitsgruppe Zusammenarbeit der verschiedenen Gemeinden Uster/Greifensee" (letzte Sitzung 29.3.06/nächste Sitzung 1. Quartal 2007) besteht dazu kein aktueller Handlungsbedarf seitens der OS, da die Primarschulgemeinde Greifensee und die Oberstufen-Schulgemeinde Nänikon-Greifensee ihre heutige Form verändern müssten.

Dazu möchte ich ein Zitat von Mao Tse-Tung, aufgeführt auf S. 14 des Geschäftsberichtes, anführen: "Egal wie weit der Weg ist, man muss den ersten Schritt tun."

Die KBK ist sich einig, dass die Federführung dieses heiklen Prozesses bei der politischen Gemeinde Uster liegen soll.

Die KBK empfiehlt Ihnen einstimmig, den Geschäftsbericht der Oberstufe Uster zu genehmigen.

Für die KBK:

Reto Dettli

Für die SVP-/EDU-Fraktion referierte Ruedi Gysi (vgl. Antrag Nr. 303, Jahresrechnung der Oberstufenschule, Referat zum Geschäftsbericht integriert.)

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 0 Stimmen (einstimmig)

den Geschäftsbericht 2005 der Oberstufenschule Uster (Antrag Nr. 309) zu genehmigen.

4 Antrag des Stadtrates betreffend Antrag der Oberstufenschulpflege betreffend Genehmigung Abrechnung Kredit von Fr. 300'000 (inkl. MWSt.) für den Ausbau des Dachstockes in eine Mediothek/Bibliothek im Rahmen der Altbaurenovation der Schulanlage Freiestrasse (Antrag Nr. 268)

Werner Egli ist als Schulgutsverwalter im Ausstand.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Rolf Graf-Ganz und Martin Gasser.

**Abrechnung Verpflichtungskredit 9920.5037.11
Schulhaus Freiestrasse: Sanierung Altbau**

Die Diskussion über die Frage was sind gebundene Ausgaben und was nicht ist alt und wird immer wieder geführt werden und auch geführt werden müssen. Dass überhaupt ein Antrag der Oberstufe für den Ausbau des Dachstockes vorliegt, ist das Ergebnis einer solchen Diskussion. Sie veranlasste den Bezirksrat zu einer Begehung des Schulhauses. Ich war damals als RPK Vertreter dabei. Das ganze Schulhaus wurde vom Keller bis zum Estrich Zimmer für Zimmer besichtigt und jede vorgesehene Investition wurde im Hinblick auf gebunden oder nicht gebunden hinterfragt. Mit dem Ergebnis, dass der Ausbau des Dachstockes zu einer Mediothek/Bibliothek nicht als „gebundene“ Ausgaben erachtet worden sind und dem Gemeinderat der entsprechende Kredit unterbreitet wurden musste.

Die Frage der Krediterteilung ist hier also geklärt und in der Weisung im Detail dargestellt. Dazu lediglich noch eine kleine Anmerkung: Die Oberstufenschulpflege hat den Kredit an ihrer Pflegesitzung vom 20. Juni 2000 und nicht wie im Antrag geschrieben 20. Juli 2000 gesprochen.

Durch eine Rückfrage beim Gemeindeamt der Direktion des Innern wurde auch noch geklärt, dass die RPK tatsächlich – wie sie dies immer behauptete – auch für die Revision von gebundenen Ausgaben zuständig ist.

Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn die RPK künftig wieder über durch die Exekutivbehörden abgenommene Verpflichtungskredite mittels Kopie zuhanden der Aktenaufgabe der RPK orientiert werden würde. So besteht für die RPK die Möglichkeit, diese Abrechnung auch unter dem Jahr zu prüfen, solange die Unterlagen noch zusammengestellt sind.

Doch nun zur Bauabrechnung über die Sanierung des Altbaus selber:

Bei Mehrkosten von über einer Million oder fast 15% ist man auf den ersten Blick versucht „Skandal“ zu rufen. Auf den zweiten Blick und mit Rücksicht auf die Vorgeschichte zumindest genaue Abklärungen zu verlangen. Dies haben dann – wie zuvor schon die Oberstufenschulpflege - Stefan Lehmann, Martin Gasser und ich im Auftrag der RPK auch gemacht. Dabei hat sich Martin Gasser auf den Teil des Ausbaus des Dachstockes konzentriert und Stefan Lehmann und ich haben uns der Sanierung des Altbaus gewidmet.

Und gleich zu Beginn möchte ich festhalten, dass die Dokumentation der Bauabrechnung hervorragend ist. Die einzelnen Zahlungen können leicht verfolgt werden und die heiklen Umbuchungen vom Konto Dachstockausbau auf Altbausanierung wurden lückenlos mit separaten Rechnungskopien belegt, so dass die Belege nicht erst noch gesucht werden müssten. Solche Offenheit schafft Vertrauen und vereinfacht die Revision.

Als zweites möchte ich festhalten, dass die Renovation als gelungen bezeichnet werden kann und am 27.9.2003 dem Schulbetrieb übergeben wurde, und drittens, dass die Kostenüberschreitung zu einem grossen Teil auf einen zu tiefen Kostenvoranschlag zurückzuführen ist, oder wie es in der Weisung heisst: Als Folge der schlechten Bausubstanz bzw. auf lückenhafte Vorabklärungen durch den Architekten. Vom Architektenhonorar wurden dann ja auch CHF 142'841 zurückbehalten. Bezüglich diesem Honoraranteil herrscht zurzeit beidseitiges stillhalten. Sollte der Architekt sein Honorar auf dem Gerichtsweg einklagen, würde die OS seinerseits eine Gegenklage erheben. Das beidseitige Wissen um das Prozessrisiko lässt im Moment beide Parteien den Status quo akzeptieren.

Doch was ist der Grund für die Auseinandersetzung.

Nachdem der Architekt noch bis zum 3. April 2003, also einem Zeitpunkt zu dem die Sanierung praktisch abgeschlossen war, von Mehrkosten von ca. CHF 300'000 gesprochen hatte, zeigte sich ein Jahr später, bei der Vorlage der definitiven Bauabrechnung, dass sie mit Mehrkosten von über 1 Million abgeschlossen werden muss. Dies konnte und wollte die Oberstufenschulpflege so nicht hinnehmen und beauftragte die Firma Caretta, Weidmann, Baumanagement Zürich mit einem Gutachten. Gleichzeitig wurde die Schlusszahlung des Architekten zurückbehalten.

Das Gutachten zeigt – und das ist eine wichtige Erkenntnis – dass alles Geld in das Schulhaus investiert worden ist. Auf der anderen Seite liefert es aber auch genügend Gründe, um die Schlusszahlung an den Architekten weiterhin zurückzubehalten.

Die Oberstufenschulpflege zeigt aber nach unserer Meinung zu stark auf den Architekten. Natürlich wurde die Baukommission über anfallende Mehrkosten im ungewissen gelassen. Sie hätte die Arbeiten aber auch bei vorgängiger Information immer auch ausführen lassen müssen. Die Analyse von Caretta Weidmann hält aber auch fest, dass die Projektorganisation bei der speziellen Ausgangslage nicht optimal gewesen sei. (Zur Erinnerung, der Architekt kam durch ein Gerichtsurteil zum Auftrag.) Mit dem Beizug eines technischen Bauherrenvertreters wäre – neben anderem – sicherlich auch eine bessere Kostentransparenz erreicht worden. Und bei der Bauherrenvertretung möchte ich noch kurz bleiben. Es liegt auf der Hand, dass Miliz-Baukommissionen, selbst wenn es Baufachleute darunter hat – ab einer gewissen Baugrösse an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stossen. Zu dieser Erkenntnis sind in der Zwischenzeit auch der Stadtrat und die übrigen Exekutivbehörden der Stadt Uster gelangt, denn die meisten mir bekannten Grossprojekte haben eine entsprechende Fachperson beigezogen. Es gilt aber durch die RPK sicherzustellen, dass dies auch wirklich lückenlos der Fall ist, und auch für künftige Bauvorhaben sicherzustellen, dass ab einer Bausumme von z.B. mehr als 1 Mio. ein technischer Bauherrenvertreter beigezogen werden muss.

Auch nicht direkt dem Architekten angelastet werden können Mehrkosten von ca. CHF 300'000 weil die Baukommission auf nachträgliche Wünsche des Lehrpersonals eingegangen ist. So wurden z.B.

- In alle Einbauschränke mit Schubladen nach Mass versehen (Kostenpunkt ca. 123'000),*
- eine komplett neue Bühnenanlage eingekauft und eingebaut (+ CHF 42'801)*
- Schülertische (+ CHF 40'035.35)*
- Neue Schülerstühle von der neuesten Generation (+ CHF 72'468) und dies nach dem Trauerspiel um die Schülerstühle des Dorfschulhauses wo die alten Stühle der Primarschulpflege aufs Auge gedrückt worden sind.*

*Werner Egli, der der RPK Delegation in seiner Funktion als Finanzvorstand der OS Red und Antwort stand führte dann aus,
- dass die neuen Stühle auch wegen den neuen Tischen erforderlich gewesen*

seien, da diese am Schluss der Stunde nicht mehr auf den Tisch gestellt sondern an den Tisch gehängt werden würden.

- Zudem hätten die alten Stühle zwar noch für kleiner SchülerInnen gepasst, die SchülerInnen seien heute aber grösser und schwerer.*
- Und dann hätte die seitliche Drehbarkeit der Stühle überzeugt.*

Doch mit verlaub, all dies hätte auch die Primarschule seinerseits anführen können.

- *Die Werkstatt wurde von Grund auf neu ausgerüstet werden (+ CHF 20'884.45).*

Diese Zusätze seine natürlich „nur“ bewilligt worden weil die Baukommission durch den Architekten im Glauben gelassen wurden, dass lediglich Mehrkosten von CHF 300'000 anfallen würden. Aber ehrlich, auch bei Mehrkosten von CHF 300'000 besteht kein Spielraum für zusätzliche nicht budgetierte Wünsche.

Anlässlich der Prüfung haben wir anhand des „Gipsers“ auch die korrekte Auftragserteilung überprüft. Zudem haben wir geprüft, ob für die Schülerstühle, für die im KV nichts eingestellt war, auch der dafür erforderliche Beschluss der zuständigen Primarschulpflege vorgelegen hat. Nachforschung durch den Finanzvorstand der Oberstufe haben ergeben, dass diese Anschaffung lediglich durch die Baukommission genehmigt worden sei, was aber aufgrunds der Delegation der Finanzkompetenzen in Ordnung gehen würde.

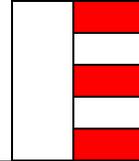
Zum Schluss noch zwei Bemerkungen zur Abrechnung des Verpflichtungskredits auf Seite 29 der Jahresrechnung.

In der Verpflichtungskreditskontrolle wurde der Bruttokredit von CHF 6'000'000, der auf einer Kostenschätzung basierte nie auch den von der Pflege später beschlossene Kredit von CHF 5'930'000 korrigiert.

Zudem wurde der Betrag von den Kumulierten Gesamtausgaben korrigiert. CHF 11'575.65 aufgrund einer Fehlbuchung aus dem Jahre 2002 und CHF 16'752.80 für Anwaltskosten. Diese sind im Zusammenhang mit der Auftragserteilung des Architekten angefallen. Sie wurden von der Finanzbuchhaltung zwar auf den Verpflichtungskredit gebucht, vom Architekten – aus verständlichen Gründen (schliesslich wurde mit diesem Geld gegen ihn prozessiert und dann hätte er die Mehrkosten noch verantworten müssen) – jedoch nicht in die Bauabrechnung aufgenommen. Sie werden hier also als „separates Projekt“ abgerechnet. Und das „in keiner Abrechnung“ kann sehr wörtlich genommen werden, denn sie sind wirklich nur hier in der Fussnote ausgewiesen. Sie sind weder in der Bauabrechnung noch in der Laufenden Rechnung enthalten.

Für die Abrechnung über gebundene Ausgaben muss keine separate Abnahme vorgenommen werden, so dass wir unsere Zustimmung durch die Abnahme der Jahresrechnung erteilen können.

Als nächstes referiert Martin Gasser zum Thema Dachstockausbau.



<i>Ganze Rechnung geprüft Nur Dachstock</i>	<i>Rechnung Fr. 300'573.30 KV Fr. 299'500.00 Mehrkosten Fr. 1'073.30 Antrag Fr. 300'000.- Mehrkosten Fr. 573.30 Ganze Rechnung geprüft, Belege visiert und mit Rechnung verglichen, korrekt verbucht.</i>
<i>Frage: Innenausstattung?</i>	<i>Warum wurden im KV die Kosten für die Regale so massiv unterschätzt? RE 39'707.10 KV 20'000.- Abw. 98.5%</i>
<i>Antwort:</i>	<i>Der Kostenvoranschlag wurde über die ganzen Fr. 300'000 sehr grob geschätzt und somit auch für die Detailbeiträge.</i>
<i>Bericht:</i>	<i>Das Budget wurde lediglich um ca. Fr. 1000.-überschritten. Die ursprünglichen Kosten von Fr. 385'348.50 konnten nach einer Ueberarbeitung des Architekten auf die Fr. 300'573.30 gesenkt werden. Auch die umgeschriebenen Fr. 84'775.20 wurden bei der Rechnungsprüfung detailliert kontrolliert und zu Recht der Altbausanierung zugeschrieben. So wurden Liftinstallationen oder Isolationen des Dachs zwar im Dachgeschoss ausgeführt, gehören aber zur Altbausanierung. Auch sind wir uns bewusst, dass verschiedene Abgrenzungen sehr schwierig sind und darum einem Ermessensspielraum unterworfen sind. Ansonsten gelten die gleichen Schwierigkeiten und Bedingungen, die beim Altbau aufgetreten sind. (Eigenes Referat)</i>
<i>Empfehlung RPK:</i>	<i>Der Antrag der Oberstufenschulpflege wurde einstimmig angenommen.</i>

Stefan Feldmann referiert namens der SP-Fraktion.

*Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Ich muss doch sagen, ich bin über die bisherige Diskussion zu diesem Geschäft etwas erstaunt. Da haben wir eine Vorlage, bei welchem ein Baukredit um eine Million Franken oder um happige 15 Prozent überschritten wird, und auf bürgerlicher Seite nimmt man dies mit ein paar kritischen Worten, ansonsten aber mehr oder weniger mit einem Achselzucken zur Kenntnis. Hätte uns die Primarschulpflege vor ein paar Jahren – und damit meine ich vor dem Amtsantritt der heutigen Schulpflegepräsidentin – eine solche Abrechnung vorgelegt, dann hätte das hier in diesem Rat mit Garantie zu einem veritablen Zetter-und-Mordio durch die bürgerlichen Partei- und Fraktionspräsidenten geführt. Nicht so heute.

Woran das wohl liegen mag?

Es wäre nun ein leichtes, von linker Seite «Skandal» zu rufen und unsererseits ein Zetter-und-Mordio zu veranstalten. Aber wir tun es nicht, denn wir sind es gewohnt, neben den nackten Zahlen auch Begleitumstände zu berücksichtigen – wir stellen das ja jeweils auch in der Budgetdebatte und beim Steuerfuss unter Beweis... Und da kann man festhalten, dass es bei diesem Sanierungsvorhaben in der Tat Unwägbarkeiten gab, die einen Beitrag zur Kostenüberschreitung geleistet haben. Wenn sich etwa im Nachhinein die Bausubstanz als schlechter herausstellt, als ursprünglich angenommen, dann hat das natürlich auch Auswirkungen auf die Kosten.

Dennoch können wir mit dieser Feststellung die Schulpflege und insbesondere die für Bau und Finanzen verantwortlichen Ressortschefs nicht einfach so aus der Pflicht entlassen. So ist es aus unserer Sicht doch ziemlich irritierend, dass den Verantwortlichen das wahre Ausmass der Kostenüberschreitung erst zum Schluss, quasi über Nacht klar geworden ist. In aller Regel merkt man ja nicht erst ganz zum Schluss, dass die Bausubstanz schlechter war als erwartet. Mag sein, dass der Architekt hier nicht offen und ehrlich informiert hat, aber grundsätzlich dürfte es gar nicht soweit kommen, dass man einzig und allein von der Auskunftsfreudigkeit und Auskunftsgenauigkeit eines Architekten abhängig ist. Hier haben das Controlling und die Aufsicht ganz offensichtlich versagt. Hier sind Korrekturen nötig und wir sind sicher, dass die Oberstufenschulpflege und ihre Präsidentin aus dieser Sache die notwendigen Schlüsse gezogen haben und die notwendigen Änderungen vornimmt. Der Beizug eines Bauherrenvertreters zur Entlastung der in Milizarbeit tätigen Pflagemitglieder scheint uns hier der richtigen Weg.

Die SP-Fraktion nimmt denn auch trotz der massiven Kostenüberschreitung die Abrechnung zur Kenntnis und stimmt der Vorlage zu. Sie stimmt ihr zu, auch wenn darin ein paar unschöne Punkte enthalten sind. Einen dieser Punkte hat der RPK-Referent bereits angetippt: die neu angeschafften Stühle für die Schülerinnen und Schüler. Damit sie mich nicht falsch verstehen: Ich mag den Schülerinnen und Schülern die neuen Stühle von Herzen gönnen, aber es zeigt einmal mehr, mit welcher unterschiedlichen Ellen die beiden Schulpflegen in der jüngeren Vergangenheit gemessen wurden.

Diejenigen von Ihnen, welche schon in der vergangenen Legislatur dabei waren, mögen sich sicherlich noch an die epische und emotionale Debatte um die Sanierung des Dorfschulhauses erinnern. Da hat die bürgerliche Seite vor der Gemeinderatssitzung quasi über Nacht einen eigenen Kostenvoranschlag aus dem Ärmel gezaubert, hat auf jeder Ausgabenposition herumgehackt und am Ende der Primarschulpflege auch noch die gewünschten neuen Schülerstühle aus dem Kredit gestrichen, nur um so Kostenbewusstsein unter Beweis zu stellen. Bei der Oberstufenschulpflege ist die ganze Sache nun genau umgekehrt: Da war ein solcher Posten gar nicht vorgesehen, am Ende schaffte man sie dann aber einfach mir nichts dir nichts doch noch an. Angesichts dieses Verhaltens der bürgerlichen Parteien kommt mir hier unweigerlich das Bibelwort «Wasser predigen und Wein trinken» in den Sinn.

Man hat in den unruhigen Jahren, welche die Primarschulpflege kürzlich durchgemacht hat, immer auf das leuchtende Beispiel der Oberstufenschulpflege verwiesen. Hat immer gesagt, wie gut die ihre Finanzen im Griff habe, wie gut ihr Baumanagement sei, wie professionell dort unter bürgerlicher Federführung gearbeitet werde. Ich denke, diese Zeiten sind wohl seit heute Abend vorbei.

Ich danke Ihnen.

Marianne Biber ergreift das Wort. Auch die Oberstufenschulpflege sei nicht perfekt, es sei nicht optimal gelaufen in der Baukommission, aber man hätte die entsprechenden Lehren daraus gezogen (Bauherrnenbegleitung).

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 0 Stimmen

- 1. Die Abrechnung des Kredites von Fr. 300'000.-- (inkl. MWSt.) für den Ausbau des Dachstockes in eine Mediothek/Bibliothek im Rahmen der Altbaurenovation der Schulanlage Freiestrasse wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an die Oberstufenschulpflege zum Vollzug.**

5 Antrag des Stadtrates betreffend Jahresrechnung 2005 (Antrag Nr. 302)

Der Vorsitzende informiert die Anwesenden über den Ablauf der Beratungen bzw. Abstimmungen: Aus den einzelnen Sachkommissionen werden die Berichte über die Geschäftsfelder 2005 durch die in den Kommissionen bestimmten Gemeinderäte präsentiert. Darin sind auch die finanziellen Erkenntnisse aus der RPK enthalten, analog dem letzten Jahr. Der Vorsitzende bittet die Referenten, sich an die Zeitvorgabe zu halten und über das Abstimmungsergebnis in der Kommission zu berichten. Pro Geschäftsfeld wird also nur die bestimmte Person aus der Sachkommission referieren.

Abgestimmt wird im Gemeinderat am Schluss einzeln über:

- a) die Jahresrechnung 2005, Weisung Nr. 302
- b) den Geschäftsbericht 2005, Weisung 306
- c) die NPM-Jahresberichte 2005, Weisung 307

Im Folgenden resümiert Stadträtin Esther Rickenbacher, stellvertretend für den abwesenden Finanzvorsteher Heinz Wolfensberger, die Jahresrechnung 2005.

Jahresrechnung 2005 Stadt Uster

D'Jahresrächnig vo de Stadt Uschter schlüssst bi emene Ertrag vo guet 176 Millione Franke und emene Ufwand von öppe 170 Millione Franke mit eme erfreuliche Ertragsüberschuss vo 6,3 Millione Franke ab. Budgetiert isch en Ufwandüberschuss i de Höchi vo 4,2 Millione Franke gsi. Dä positivi Rächnigsabschluss isch hauptsächlich uf folgendi einmalige bzw. nöd konschtante Innahmefaktore zrugzuführen:

- So händ mir s'letscht Jahr en Buechwünn bi Landverchäuf gha vo 2,8 Millione Franke;
- händ Rückerstattige vom Spital (1.8 Millione) übercho;
- Mehrnahme bim Stürchraftusgleich vo (3 Millione) gha;
- meh ordentliche Stüre Vorjahr (2,5 Millione) gha und
- Tüferi Abschribige ufgrund vo de ufgschonene Investitione (1,5 Millione) gha. D'Nettoinvestitione im Verwaltungsvermöge beträged 7,3 Millione Franke. Die Investitione händ vollständig über de Cash Flow chöne finanziert werde. De Sälbschtfinanzierungsgrad betreit hervorragendi 213 % und s'Eigekapital hät sich um de Ertragsüberschuss uf neu öppis über 105 Millione Franke erhöht. Das vom Stadtrat definierte finanzpolitische Ziel, wonach di laufend Rächnig muess usgliche si, isch also klar übertroffe worde.

Nur grad 45 % oder 7,3 Millione Franke beträged d'Nettoinvestitione im Verwaltungsvermöge. Mer händ zwar gägeüber em Vorjahr, wo nur 39 % vo de planete Investitione usgfüert worde sind e Verbessering vo 6% herebracht, das isch aber nach wie vor immer no klar ungnüegend. Es git di verschiedenschte Gründ, wieso einzeln Projekt nonig usgfüert worde sind. Uf de eine Site sinds sicher nach wie vor vill z'optimistisch beurteilti politischi Entscheidigsprozäss und uf de andere Site hät aber au de Gmeindrat, budgetierti Investitione nöd frei gäh. So sind im Gschäftsfäld Ligeschafte rund 1 Million, bi de Abteilig

Rumordnig 4,2 Millione, bi de Abteilig Gsundheit und Sport 1,9 Millione und bi de Primarschuel öpis über 3,2 Millione Franke weniger investiert worde als budgetiert gsi isch. Es muess euus mit vereinte Chräft, au us de Verwaltig, glinge, zuekünftig die Investitione besser z'budgetierte. En erschte Alauf händ mir s'letscht Jahr im Hinblick uf de Voraschlag 2006 gmacht, idem mir alli Investitione mit de verantwortliche Abteilig no e mal besproche und hinterfröged händ. Mir müend dem Thema euusi vollschi Beachtig schänke, dänn di ganz Finanzplanig staht und fallt unter anderem mit gnaue Ussage zu de Investitione. Was aber schlussändlich s'letscht Jahr usgfüert worde isch, gsehnt sie uf de Site 12 i de Tabälle zämmegstellt. Nach wie vor tüsched aber di disjährige, üsserscht tüfe Nettoinvestitione nöd dadrüber hinweg, dass d'Planzahle vo de nächschte Jahr, mit jährlich bi dütlich über 20 Millione Franke, sehr hoch usfalled. Erfreulich isch sälbverständlich, dass alli tätigte Investitione händ chöne dur de Cash Flow finanziert werde. De Sälbschtfinanzierungsgrad isch bi sagehafte 213 %. Also e kei neu Verschuldig und es Eigenkapital vo über 105 Millione Franke. S'Nettovermöge pro Iwohnerin und Iwohner hät sich ebefalls vo 2'254 uf neu 2'419 Franke erhöht. Sie gsehnt au uf de Zämmestellig uf de Site 13, dass mir im vergangene Jahr Landverchäuf i de Grösseordnig vo fascht 11 Millione tätige händ. Da drus use hät en Buechgwünn vo 2,8 Millione Franken chöne realisiert werde. Die meischte vo dene Landgschäft sind ja vom Volk mit jeweils grossem Mehr für guet g'heisse worde. Ich chume zu de Schlussbemerkinge und zum Usblick. Wie im Bricht inne usgfüert, bildet Jahresrächnig 2005 eimal meh e solidi Basis für d'Zuekunft vo de Uschtermer Finanzen. D'Verschuldig hät dank em Ertragsüberschuss vo 6,2 Millione Franke chöne stabil b'halte werde und mit de Erhöchig vom Eigenkapital uf über 105 Millioe Franke hät chöne e günstige Usgangslag für di kommende Jahr mit dene, wie bereits gseit, grosse Investitionsprojekte gschaffen werde. Uf d'Stadt Uschter chömed finanziell nöd eifache Zite entgäge. Uf de Site 16 händ mir ihne ufglischtet, welli Unsicherheitsfaktore di zuekünftig finanziell Entwicklig vo de öffentliche Hushält chöntet präge. Ussage allerdings zur Entwicklig vom Rächnigsjahr 2006 sind zum jetzige Zitpunkt no z'früh. Konkreti Date über d'Stützentwicklig und über de Stürchraftausgleich wird ihne de Herr Kuoni jetzt ja dänn grad abschliessend geh. Trotz em guete Ergebnis vom Brichtsjahr isch di finanziell Entwicklig vo de Stadt nach wie vor kritisch z'beobachte. De positive Rächnigsabschluss isch hauptsächlich, und wie vo mir gseit, uf einmalige bzw. nöd konstante Innahmefaktore zrugzuführen. Und ebe die Faktore sind au jeweils für die grosse Schwankige im Uschtermer Finanzhulshalt verantwortlich. Unter Berücksichtigung vo dene gseite Faktore sind aber d'Budgets vo de einzelne Abteilige, de Sozialbehörde und de Primarschuelpfläg vorbildlich ighalte worde. Daher gilt's au en grosse Dank vom Stadtrat a die übrige Behörde und natürlich as Personal vo de Stadtverwaltig. De Stadtrat haltet a sim Ziel fescht und strebt au i Zuekunft en Stürfüess i de Nächi vom kantonale Mittel a. E witeri Anächerig vom Stürfüess as kantonale Mittel isch dankbar, hätt aber für d'Stürzahlerinne und Stürzahler nur dänn e Uswürkig, wänn sie nöd dur e Erhöchig vo de Stürfüess vo andere Gmeindsgüeter kompensiert würdi.

Die Zusammenfassung aus der RPK erfolgt durch den Vizepräsidenten Rolf-Graf-Ganz.

Bericht über die RPK Beratung der Rechnung 2005

(wegen Ferienabwesenheit des Präsidenten wurde diese durch den Vize-Präsidenten geleitet, der in der Folge auch berichtet)

Ich möchte meine kurzen Zusammenfassung der RPK Rechnungs-Sitzung vom letzten Montag mit einem herzlichen Dank an die vier neuen RPK Mitglieder beginnen. Sie mussten innert kürzester Zeit – ich erinnere, die RPK hat sich erst vor vier Wochen konstituiert – sie mussten also innert kürzester Zeit ihre neue Aufgabe verstehen und auch gleich unter enormen Zeitdruck umsetzen. Sich also durch die Belege kämpfen, Fragen aufbereiten, Antworten abholen, Prüfberichte erstellen und nicht zuletzt in der RPK oder heute im GR die Kolleginnen über das Ergebnis informieren. Ihrer Einsatzbereitschaft und Flexibilität aber auch den ihnen helfenden zur seitestehenden Kollegen gilt mein herzliches Dankeschön.

Ich möchte mich aber auch – stellvertretend für den ganzen Gemeinderat - beim Stadtrat und der Verwaltung für den freundlichen Rahmen bedanken, in dem auch dieses Jahr die Vorgespräche durchgeführte werden durften.

Und last but not least schliesst sich die RPK dem Dank des Stadtrates an die MitarbeiterInnen der Stadt Uster für ihr Einhalten des Budgets an. Sie haben sich ihre Einkaufsgutscheine – nicht zuletzt auch im Hinblick auf den positiven Rechnungsabschluss - redlich verdient.

Doch nun zur eigentlichen Debatte. Eingangs führte der Finanzvorstand Heinz Wolfensberger in die Rechnung 2005 ein und Herr Thomas Kuoni gab uns einen Einblick in den Stand der laufenden Rechnung 2006.

In der Folge wurde in der RPK intensiv über die spezielle Ausgangslage bei einem budgetierten Ausgabenüberschuss von CHF 4 Mio. und einem darf folgenden positiven Rechnungsabschluss von über 6 Mio. diskutiert. Tatsächlich ein spezielles Spannungsfeld, in dem sich vermeintlich durch das negative Budget verhinderte Projekte (es wurde Schulsozialarbeit, Gemeindegzuschüsse, etc. erwähnt) bewusst getätigten Einsparungen gegenüber standen.

Im Zusammenhang mit der Steuerkraft der Stadt Uster erfuhren wir, dass diese für Uster im Vergleich zum Kanton zwar unterdurchschnittlich sei, aber in sich selber sehr ausgeglichen. So würden lediglich etwa 10% der 17'000 Steuerpflichtigen der Stadt Uster ein Einkommen von über CHF 100'000 versteuern. Dies wie auch die Tatsache, dass Uster lediglich 741 juristische Personen besteuert, seien gewährt für einen konstanten Steuerertrag.

In der Folge wurden die Geschäftsfelder der Reihe nach durchberaten. Dadurch, dass jedes RPK-Mitglied über seine Revision einen Prüfbericht erstellt, der dann den anderen RPK Mitgliedern zugestellt wird, konnte in der eigentlichen Beratung – für die die Anwesenheit der Stadträte nicht nötig war - viel Zeit gespart werden. Bis auf das Geschäftsfeld „Betreutes Wohnen“ werden die Referenten der Sachkommission über allfällige Erkenntnisse aus der RPK Debatte berichten.

Beim Geschäftsfeld „Betreutes Wohnen“ waren zwei Variantenrechnungen angekündigt worden, so dass ich froh war, dass sich Stadträtin Esther Rickenbacher bereit erklärte bei der Beratung dieses Geschäftsfeldes der RPK für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Vorneweg zeigt sich, dass es unablässlich ist, dass die NPM Instrumente auch offiziell in die Geschäftsordnung aufgenommen werden. Denn dort wird geregelt werden müssen, wie vor zu gehen ist, wenn – wie hier - allenfalls für eine Variantenrechnung Mittel für externe Experten benötigt werden.

In der Schlussabstimmung wurden sowohl Geschäftsbericht 2005, Jahresrechnung 2005 wie auch die NPM Jahresberichte 2005 einstimmig genehmigt.

Es folgt die Eintretensdebatte.

Rolf Denzler referiert namens der SVP-/EDU-Fraktion. Trotz der Freude über das positive Rechnungsergebnis habe die SVP-/EDU-Fraktion ein wachsames Auge. Dank gebührt der Stadtverwaltung für die Einhaltung der Globalbudgets. Einzig im Bereich Bau bzw. im GF Sport sind Abweichungen zu verzeichnen. Die KLR wird sicher Abhilfe schaffen. Trotzdem wäre es falsch, neue Begehrlichkeiten zu fordern; die SVP-/EDU-Fraktion wird neue Leistungen kritisch prüfen. Ausserdem moniert die SVP-/EDU-Fraktion die Steigerung der Personalkosten und verlangt vom Stadtrat, jede Erweiterung des Personalbestandes kritisch zu betrachten. Ausserdem spricht Rolf Denzler die Steuererhöhung vor zwei Jahren – wegen der Abschaffung der Handänderungssteuer - an, die aus heutiger Sicht nicht nötig gewesen wäre, da sich die wirtschaftliche Erholung bereits damals abgezeichnet habe. Eine Reduktion des Steuerfusses um mind. 2 % als Ausgleich für die damalige Erhöhung wäre angemessen. Die SVP-/EDU-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht 2005, der Jahresrechnung 2005 und den NPM Jahresberichten 2005 zu.

René Biber ergreift namens der FDP-/CVP-Fraktion das Wort.

Mit Erstaunen nimmt unsere Fraktion vom Rechnungsergebnis 2005 der Stadt Uster anstelle eines erwarteten Defizits mit einem satten Ertragsüberschuss in der Höhe von 6,3 Mio. Franken Kenntnis. Bei einem solchen Ergebnis - über 10 Mio. Franken besser als budgetiert - gibt es eigentlich gute Gründe dafür, erleichtert oder sogar zufrieden zu sein.

- *Erleichtert können wir sicher einmal deshalb sein, weil die alljährlich von der SP mit Grafiken und Tabellen prognostizierten Negativszenarien einmal mehr nicht eintrafen. Wir gehen davon aus, dass sie, die SP, trotzdem auch künftig wortreich erklären werden, weshalb gerade sie richtig liegen und die bürgerliche Seite falsch. Als Faktum zeigt sich jedenfalls, dass die im Dezember 2004 durch das Parlament vorgenommene vorsorgliche, wegen des bevorstehenden Wegfalls der Handänderungssteuer beschlossene 2%-ige Steuerfusserhöhung rückblickend mindestens als zweifelhaft zu beurteilen ist. Dazu müssen wir heute stehen, auch wenn wir in der Retrospektive mehr wissen als vor anderthalb Jahren. Angenommen, wir hätten sogar die von der SP geforderte Streichung der zusätzlichen Abschreibungen gutgeheissen, so wäre das Ergebnis 2005 noch krasser ausgefallen. Das Einzige, was zu berücksichtigen ist, ist der Steuerkraftausgleich, der gewissermassen eine Pandoraabüchse ist, die 2005 im Gegenteil und glücklicherweise kein Unheil stiftete, aber dennoch für die kommenden Jahre unberechenbar bleibt. Es kann durchaus sein, dass im laufenden Jahr mit tieferen Einnahmen aus dem Steuerkraftausgleich zu rechnen ist.*
- *Zufrieden können wir sein, weil das Ergebnis 2005 entgegen dem düsteren Budget klar schwarze Zahlen zeigt. Wessen Verdienst dies ist oder die Schelte über dieses Auseinanderklaffen, darüber kann wahrlich diskutiert werden. Abgesehen davon, dass der Hauptteil der Ausgaben ohnehin nicht beeinflussbar ist, weil sie gebunden oder pseudogebunden sind und das Ergebnis leider vor allem durch den Steuerkraftausgleich beeinflusst wird, darf festgehalten werden, dass wir von der Stadtverwaltung gute Instrumente erhalten, wie der Finanzhaushalt der Stadt Uster jeweils rückblickend wie vorausschauend aussieht. So gesehen, besten Dank an den Stadtrat, an Herrn Baumberger, Herrn Kuoni und Herrn Josi und andern.*
- *Dem Lob folgt eine kritische Anmerkung. Die Investitionsrechnung 2005 geriet gegenüber dem Budget und der strategischen Planung völlig aus dem Ruder, und dies nicht zum ersten Mal. Obwohl auch dies zum guten Jahresergebnis beitragen hat, ist die Planung verbesserungsfähig. Auch hier gibt es viele Gründe darüber, warum und weshalb es so ist. Hier sei der Verwaltung in*

Erinnerung gerufen, dass nicht das Wünschbare, sondern das Machbare der Massstab sein muss. Etwas mehr „Feeling“, um ein neudeutsches Wort zu verwenden, wäre angebracht. Dies betrifft vor allem den Tiefbaubereich, aber beileibe nicht nur diesen.

Ich komme zum Schluss und ziehe namens der FDP/CVP-Fraktion ein Fazit:

- *Die Rechnung 2005 ist entgegen den Erwartungen ein gutes Ergebnis für die Stadt Uster.*
- *Der konjunkturelle Verlauf zurzeit gibt für die kommenden Jahre zu keinen pessimistischen Befürchtungen Anlass, trotz der Ungewissheit über den Steuerkraftausgleich.*
- *Die Festlegung des Steuerfusses für das kommende Jahr ist nicht das Thema der heutigen Gemeinderatssitzung. Das positive Rechnungsergebnis 2005 und die Ende 2004 aufgrund der damaligen Fakten rückblickend voreilig vorgenommene Steuerfusserhöhung von 2 % werden im kommenden Dezember aus bürgerlicher Sicht aber zweifellos zu berücksichtigen sein.*

Reto Dettli referiert namens der SP-Fraktion.

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Das vergangene Jahr der politischen Gemeinde Uster und der Oberstufe Uster kann man unter dem Titel :

Ein befriedigendes Ergebnis in einer unbefriedigenden Situation
zusammenfassen.

Lassen Sie mich das etwas genauer erläutern:

1. *Wir blicken auf ein wenig spektakuläres Jahr zurück, das durch eine solide Arbeit des Stadtrates gekennzeichnet ist. Der Stadtrat hat den politischen Auftrag des Gemeinderates - auch wenn die Sozialdemokratische Fraktion mit diesem nicht überall einverstanden ist - gut erfüllt. Er hat keine Böcke geschossen.*
2. *Der Stadtrat legt einen Rechenschaftsbericht ab, der durch eine hohe Budgetdisziplin gekennzeichnet ist. Auch im Finanzbereich hat es der Stadtrat - mit Ausnahme der Investitionsrechnung, auf die wir noch zu sprechen kommen - gut gemacht.*
3. *Der Stadtrat kann also auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken und verdient Lob. Und trotzdem ist das befriedigende oder gute Ergebnis unbefriedigend. Wenn die vom Stadtrat nicht beeinflussbaren oder kaum vorausschaubaren Faktoren - darunter Steuerkraftausgleich, Steuern aus Vorjahren, Ergebnis des Spitals - in einem Umfang von über 15 Steuerprozenten die Rechnung beeinflussen, dann muss man von einer unbefriedigenden Situation sprechen. Eine seriöse Finanzplanung ist so nicht mehr möglich. Wenn sich das Jahresergebnis von einem budgetierten Minus von gut 4 Mio. Fr. in ein Plus von über 6 Mio. Fr. wendet, dann wird die politische Diskussion über Sparmassnahmen irgendwie lächerlich. So erfreulich das Ergebnis ist, so wenig Freude kann irgendwie aufkommen. Auch wenn der Stadtrat vorsichtig budgetiert, die Abweichungen könnten auch einmal in die andere Richtung gehen.*
4. *Eine politische Würdigung dieser Situation fehlt sowohl in der Rechnung wie im Geschäftsbericht. Keine Rede davon, inwiefern dieser unerwartete Geldsegen von 10 Mio. Fr. die städtische Politik beeinflussen könnte oder für was man dieses Geld einzusetzen gedenkt. Hier wäre auch einmal ein mutiges Zeichen des Stadtrates nötig.*
Vom positiven Jahresabschluss sollen schlussendlich auch die Bevölkerung und die Unternehmen profitieren! Dazu soll der Stadtrat das Gespenst der Dorfbadi-Schliessung endlich und abschliessend vertreiben, eine substanzerhaltende und zukunftsgerichtete Investitionspolitik umsetzen und die Überschüsse gezielt in die Lebensqualität investieren! Mit dem Zeughausareal, dem Stadtpark, der Bibliothek und dem kulturellen Leben steht ein breites Spektrum von sinnvollen Massnahmen zur Verfügung.
Neben dem ausgesprochenen Lob für den Stadtrat darf es auch an Kritik nicht fehlen. Die Sozialdemokratische Partei übt Kritik an der Investitionspolitik und den Landverkäufen:
➤ *Die Investitionspolitik ist mangelhaft. Wiederum wurde das Investitionsbudget nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft mit entsprechend negativen Auswirkungen auf das Gewerbe und die lokalen Arbeitsplätze. Die Stadt Uster lebt weiterhin von der baulichen Substanz, da die nötigen Investitionen in unsere Infrastruktur nicht getätigt wurden. Der Stadtrat hat es zudem verpasst, antizyklisch zu investieren. Die grossen städtischen Investitionsvorhaben fallen jetzt in eine*

anziehende Konjunktur mit höheren Preisen im Bausektor. Dieses Verhalten des Stadtrates führt zu Mehrinvestitionen in Millionenhöhe. Geld, das man für Besseres hätte einsetzen können.

➤ *Landverkäufe*

Nach wie vor veräussert der Stadtrat das städtische Vermögen. Wir unterstützen Landverkäufe von wenig strategischen Objekten zugunsten eines Landverkaufs an strategisch wichtigen Orten, so wie man das beim Stadthofsaal gemacht hat. Die Sozialdemokratische Partei kritisiert die Finanzierung der laufenden Rechnung aus Landverkäufen, letztes Jahr im Umfang von rund 6 Mio. Fr. Für die Förderung der baulichen Entwicklung ist das Instrument des Baurechtes zu nutzen!

Die sozialdemokratische Partei stellt fest, dass die politische Kontrolle der Oberstufe Uster zu verstärken ist. Sie führt zu stark ein Eigenleben, was man u.a. auch daran sieht, dass wir eine politische Gesamtwürdigung von Jahresbericht und Rechnung dann machen, wenn das Traktandum Oberstufe bereits abgeschlossen ist. Instrumentell ist die Oberstufe gegenüber der politischen Gemeinde stark im Hintertreffen und die Bauverzögerungen bei der Berufswahlschule mit entsprechender Kostenfolge und die massive Kostenüberschreitung bei der Schulanlage Freiestrasse zeigen, dass das Parlament stärker gefordert ist. Die SP begrüsst, dass die zuständige Kommission KBK ein klares Zeichen für die Einführung von NPM in der Oberstufe gesetzt hat und dass mit dem neuen Gesetz über die politischen Rechten eine Trennung von parlamentarischer Aufsichtsfunktion und Exekutivbehörden durchgesetzt wird.

Thomas Wüthrich referiert namens der Grünen. Sind die richtigen Mittel gewählt worden für das positive Ergebnis, stellt er die Frage in die Runde. Er stellt namentlich fest, dass Uster eine wachsende Stadt ist, die dementsprechend einen wachsenden Investitionsbedarf hat, nicht nur in der Infrastruktur sondern auch im Personal. Eine effiziente Stadtverwaltung sollte auch Weiterbildungen wahrnehmen können.

GF Primarschule (inkl. Pilotprojekt HPSU)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Marianne Siegrist.

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Mein Referat beinhaltet gleichzeitig den Bericht des RPK Mitglieds Walter Meier. Er hat die Rechnung der Primarschule einer intensiven, stichprobenweise durchgeführten Prüfung unterzogen.

Die Rechnung und den Geschäftsbericht haben Regula Trüeb, Werner Hürlimann, Walter Meier, Marianne Siegrist seitens der Kommission Bildung und Kultur am 26. 5. 2006 mit den Vertretern der Primarschule Sabine Wettstein, Frau Baschung, Herr Göppel und Herr Stüssi besprochen.

Der Geschäftsbericht ist sehr informativ, transparent und gut verständlich abgefasst und verdankt worden.

Der Schulbetrieb sowie die Schulverwaltung läuft trotz der verschiedenen Projekte, die sich zum Teil in der Startphase befinden, gut. Alle Beteiligten sind sehr stark gefordert. Es ist eine hohe Motivation der Beteiligten spürbar.

*Die **Jahresrechnung** konnte mit einem bereinigten Gesamnettoaufwand von 25.7 Mio abschliessen, was einer Budgetunterschreitung von 5.79 % entspricht. Gleichzeitig kann ein leichter Gesamtkostenrückgang von netto 1.13 % festgestellt werden.*

Ein Hauptgrund: Die Klassenbestände wurden nach den Vorgaben des Kantons erhöht. Die durchschnittliche Klassengrösse in Uster beträgt heute 20,5 Schüler. Die geforderte Stellenreduktion um total rund 8 Stellen läuft nach Plan.

Unsere Frage, ob die Schülerpauschalen des Kantons von den Sparmassnahmen tangiert seien, wurde abgeklärt und mit Nein beantwortet.

Die Kosten der externen Beratung konnten stark minimiert werden dank Professionalität der Schulpflege sowie der Verwaltung. Dies ist ein weiterer Grund für das gute Abschneiden auf der Ausgabenseite.

Im Folgenden führe ich die Beantwortungen der wichtigsten Fragen aus der Subkommission auf:

In der Verwaltung wurde eine **Taskforce** für Kriseninterventionen eingesetzt um ein professionelles Vorgehen für solche Fälle sicherzustellen.

Das Involvieren der Schulleitungen bei den Mitarbeiterbeurteilungen hat sich bewährt. Dadurch ist die Beurteilung durch eine Fachperson gewährleistet.

Die definitive Einführung der Begabtenförderung ist erfolgreich angelaufen. Es werden zukünftig noch mehr Kinder davon profitieren können.

Das Projekt **Deutsch als Zweitsprache läuft**. Im Kiga wurde der Unterricht intensiviert und es wird möglichst integriert, d.h. in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen, gearbeitet.

Die Einführung des **4-Stunden Blocks am Vormittag ab neuem Schuljahr 2006** ist logistisch schwierig zu bewerkstelligen. Lehrkräfte und Spezialräume z.B. Turnhallen, müssen in einem engeren Zeitfenster verfügbar sein. Es braucht von allen Seiten viel Flexibilität um das Ziel zu erreichen.

Ein Konzept mit einer Erweiterung, bzw. einer Intensivierung des **Schwimmunterrichts** wird nächstens dem GR vorgelegt.

Am **Grundstufenversuch** sind drei Einheiten im Einzugsgebiet Hasenbühl beteiligt.

Die **Fachstelle Pädagogik soll weitergeführt werden**. Es erfolgt ein Antrag an den GR.

Weil der **Kantonsanteil im Bereich Therapien/Sonderschulung erheblich zurückging**, ist eine Zunahme dieser Kosten in der Rechnung feststellbar.

Das von der Fachstelle Pädagogik erarbeitete **Konzept zur integrativen Förderung ISF** ist von der PS zur Kenntnis genommen worden. Für die Weiterbearbeitung müssen die Verordnungen vom Kanton abgewartet werden.

Die Projektgruppe Tagesstrukturen ist intensiv an der Arbeit, aufgrund der Elternbefragung einen Vorschlag auszuarbeiten. Dieser soll Umfang sowie Kostenberechnungen beinhalten. Der Meinungsbildungsprozess in der Schulpflege dauert länger als erwartet.

Investitionsrechnung:

Die Renovation der Turnhalle Niederuster ist jetzt in Planung und wird 2006 durchgeführt. Planung SH Krämeracker: Die Abklärungen bezüglich der erwarteter Bautätigkeit im Einzugsgebiet, bzw. der zu erwartender Kinderzahl wurden intensiviert, deshalb erfolgte eine leichte Verzögerung. Der Kindergarten Herracher ist baulich in Ordnung. Deshalb wurde der neue Pavillon zurückgestellt bis die Entwicklung in diesem Quartier, (Stichwort Schulhaus Oberuster) klarer ist.

HPSU:

Der Leistungsauftrag 2005 wurde erfüllt.

Es wurde ein Ertragsüberschuss erzielt, der an die beteiligten Gemeinden zurückerstattet wird. Organisatorisch wird die HPSU so wie in der neuer Geschäftsordnung der PS vorgesehen, den anderen Schuleinheiten gleichgestellt und gleich geführt.

Das Konzept zur Einführung einer Oberstufe wurde beim Kanton eingereicht.

Die buchhalterischen Abgrenzungen der Leistungen HPSU zur PS sind abgeschlossen.

Die Kommission Bildung und Kultur empfiehlt die Rechnung sowie den Geschäftsbericht der Primarschule und den Jahresbericht des Pilotprojekts der Heilpädagogischen Schule zur Annahme. Alle drei Anträge sind in der Sachkommission sowie von der RPK einstimmig genehmigt worden.

Marianne Siegrist, 15.6.2006

Werner Hürlimann ergreift das Wort namens der SVP-/EDU-Fraktion.

Die Schulleitungen sind in den Schuleinheiten anerkannt. Sie geben kein festes Pensum Schule, nehmen aber neben ihren Führungsaufgaben die Funktion als Ablösungen von Lehrpersonen und als Ombudspersonen zwischen Eltern und Lehrkräften wahr. Es wurden dadurch auch weniger externe Beratungskosten generiert. Dadurch dass die Schulleiter unerwartet ebenfalls durch den Kanton angestellt wurden, reduzierten sich auch die Lohnkosten.

Die Heimversorgungen von Kindern wirken sich kostentreibend auf die Jahresrechnung der Primarschule aus. Im vergangenen Jahr waren 35 Kinder in sieben verschiedenen Heimen untergebracht. Sie lösten Kosten in der Höhe von Fr. 1'218'931. -- aus und sind in ähnlicher Höhe wie 2004.

Die Zusammenarbeit der Primarschule mit der Liegenschaftenverwaltung der Stadt Uster hat sich bewährt.

Für die Bearbeitung des Projektes Tagesstrukturen muss mit Gesamtkosten von Fr. 100'000.- gerechnet werden. Rund ein Drittel dieses Betrages wurde im Jahr 2005 ausgegeben.

Das Angebot an fakultativen Kursen ist lediglich zu 50% kostendeckend

Unter „Dienstleistungen Dritter“ werden unter Anderem die Kosten für die Ausbildung und die Nachqualifikation von Lehrkräften aufgeführt. Im Jahr 04/05 musste eine, im Jahr 05/06 mussten fünf Lehrperson wegen Schwächen und Lücken von diesem Angebot Gebrauch machen.

In der Investitionsrechnung fällt die Kostenüberschreitung bei der Sanierung Schulhaus Thalacker auf. Laut den erhaltenen Informationen war der Kostenvoranschlag um Fr. 50'000.- zu optimistisch budgetiert. Von der Kostenüberschreitung waren noch Fr. 20'000.- Zusatzkosten.

Die SVP/EDU-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht und der Rechnung der Primarschule einstimmig zu.

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Beat Roos.

Gesamtverwaltung (Steuerung und Führung)

Präsidiales

Die Zusammenkunft unserer Kommission mit dem Stadtpräsidenten, dem Stadtschreiber und dem Abteilungsleiter Präsidiales, zwecks Besprechung und Prüfung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2005 hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Jahresrechnung 2005

Stadtrat

Seite 9 / Konto 10000.3190.00 Übriger Sachaufwand

Dieses Konto weist gegenüber dem budgetierten Betrag einen Mehraufwand von Fr. 49'089.30 aus. Die Mehraufwendungen sind auf eine durch den Stadtrat veranlasste Vergleichszahlung von Fr. 50'000.-- an eine Ustermer Familie zurückzuführen. Zwischen dieser Familie und der Primarschulpflege bestand seit mehreren Jahren ein Rechtsstreit.

Thema war dabei, ob die behinderte Tochter der Familie durch die Primarschulpflege richtig eingeschult worden ist. In diesem Zusammenhang führte der damalige Präsident der Primarschulpflege (teilweise unter Ueberschreitung seiner Kompetenzen) mit einem Vertreter der Familie ein aufwendiges Mediationsverfahren durch. Als der Stadtrat vom hängigen Rechtsstreit erfuhr, übernahm er aufgrund seiner durch das kantonale Haftungsgesetz statuierten Zuständigkeit das entsprechende Verfahren und das laufende Mediationsverfahren wurde eingestellt. Nach eingehender Prüfung der Rechtslage und sorgfältiger Einschätzung des Prozessrisikos kam der Stadtrat zum Schluss, dass der Familie die aus der Mediation heraus entstandenen Kosten und ein Teil der aufgelaufenen Anwaltshonorare zu ersetzen sind. In der Folge wurden zwei Teilbeträge von je Fr. 50'000.-- an die Familie überwiesen, wobei der erste der Rechnung 2005, der zweite der Rechnung 2006 belastet wurde.

Konto 10000.3181.01

Die Jungbürgerfeier wurde vorläufig ausgesetzt. 2006 wird im Rahmen der Definition der Jugendpolitik der Stadt Uster entschieden, ob zukünftig an der Durchführung der Jungbürgerfeier festgehalten werden soll. Es wird immer schwieriger die jungen Leute für eine solche Feier zu begeistern und zur Mitorganisation zu motivieren.

HRM/Personaldienst

Seite 11

Das Projekt „generelle Lohnüberprüfung“ ist abgeschlossen exkl. Abteilung Bildung und Heime, die in einer zweiten Tranche bearbeitet werden. Ziel des Projektes war nicht eine Kosteneinsparung, ein neues Lohnsystem oder eine neue Analytik, sondern die bisherigen Einreihungen mit dem bisherigen Arbeitsplatzbewertungssystem erneut zu bewerten. Damit soll die interne Lohngerechtigkeit weiterhin gewährleistet werden oder wiederhergestellt werden, wenn sie nicht mehr gegeben wäre. Vergleiche mit anderen Branchen oder Gemeinden wurden im Rahmen des Projektes nicht durchgeführt. Gemachte Lohnvergleiche zeigen aber, dass die Stadt Uster im Grossen und Ganzen marktkonforme Löhne zahlt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen nun die Auswirkungen des Projektes auf ihre Einreihung und damit ihren Lohn bzw. Perspektiven für die Zukunft. Auch Kaderstellen waren von Tiefereinreihungen betroffen. Bei der Umsetzung eines nominell tieferen Lohnes wurde eine Uebergangsfrist von bis zu 5 Jahren geschaffen.

10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben den Entscheid des Stadtrates an den Bezirksrat weitergezogen.

51 Entscheide fielen zu ungunsten der Mitarbeitenden aus, d.h. geringere Entwicklungsperspektiven bzw. weniger Lohn.

126 Entscheide (davon 47 direkt vom Lohnprojekt ableitbar und 79 nur indirekt) fielen zu gunsten der Mitarbeitenden aus, d.h. bessere Entwicklungsperspektiven bzw. mehr Lohn.

Für 203 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte das Lohnprojekt keine Auswirkungen

Die Stadt hat aufgrund vorliegender Bundesgerichtsentscheide einen grossen Ermessensspielraum in der Lohnfestlegung und wird bei der Rekursbehandlung im Wesentlichen auf die richtige und sachgerechte Anwendung der Methodik überprüft. Hierbei nutzte das Projektteam die bewährte Methodik der kantonalen Verwaltung an.

Die Fluktuationsrate ist gemäss folgender Prozentzahlen in den letzten vier Jahren sehr gering:

2002	2003	2004	2005
6.48 %	6.61 %	7.51 %	6.43 %

Trotz Lohnprojekt ist die Rate 2005 die niedrigste in den letzten 4 Jahren.

Der Budgetposten „Weiterbildung“ ist nicht ausgeschöpft worden. Die KÖS und auch die Stadtverwaltung sind der Ansicht, dass die Weiterbildung gut benutzt werden sollte. Zeitdruck und Arbeitsanfall ist aber laut der Verwaltung ein massgebliches Kriterium um an Weiterbildungskursen teilzunehmen. Die erforderliche Fach-Weiterbildung ist obligatorisch und wird entsprechend gut besucht. Die Abteilungsleiter sind interessiert daran, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich bedarfsgerecht weiterbilden und unterstützen dies auch.

Sie werden das Personal dazu motivieren, in den Folgejahren die Weiterbildung gut zu besuchen.

Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weisen beträchtliche Überstunden auf. Es besteht die Möglichkeit, 84 Stunden und 2 Wochen Ferien auf das neue Jahr zu übertragen. Überzeiten werden nur in wenigen Ausnahmen ausbezahlt.

Die vom GR bewilligten Fr. 90'000.- Einmalzulagen für sehr gute Leistungen des Personals in den Jahren 2005/2006, werden im Jahre 2006 ausbezahlt.

Wir danken den Führungskräften der Steuerung und Führung sowie der Abteilung Präsidiales für das aufschlussreiche Gespräch und die kompetenten Auskünfte.

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2005 der Gesamtverwaltung (Steuerung und Führung) sowie der Abteilung Präsidiales einstimmig mit 9 : 0 Stimmen angenommen. Es wird dem Gemeinderat ebenfalls empfohlen, die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2005 zu genehmigen.

Uster, 29.5.06 Beat Roos, Brunnenstr. 39, 8610 Uster

GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Walter Meier.

Das Geschäftsfeld Kultur schliesst im Jahr 2005 mit Kosten von Fr. 2'668'309.— ab. Damit wurde der bewilligte Globalkredit um Fr. 8'309.— überschritten. Man kann also von einer Ziellandung sprechen.

Die Investitionsrechnung schliesst mit einem Aufwand von Fr. 6'650.— ab. Vorgesehen waren keine Investitionen. Es hat sich im Laufe des Jahres gezeigt, dass gewisse bauliche Massnahmen in der Villa am Aabach nötig waren.

Leistungsgruppe 1 „förderung.kultur“

- *Der Kulturförderpreis wurde an das Künstlerduo köfer,hess verliehen.*
- *Der Qbus ist gut belegt; die Personalsituation konnte entschärft werden. Mit 143 Vermietungen ist man nahe an der Kapazitätsgrenze.*
- *Total wurden für Fr. 388'000.— Förderbeiträge ausgerichtet.*

- *Wer Förderbeiträge wünscht, wird über das was und wie auf der Homepage der Stadt Uster umfassend informiert. Wer einen Schlussbericht (über eine Veranstaltung oder ein Projekt) beim Kultursekretariat abliefern, erhält die Chance, das nächste Mal auch wieder etwas zu bekommen.*

Leistungsgruppe 2 „sozio.kultur“

- *Das frjz hat die Zielvorgaben erfüllt. Die aufsuchende Jugendarbeit wird noch ausgebaut. Ein Rahmenkontrakt für 4 Jahre sichert dem frjz die Existenz, im Jahreskontrakt wird festgelegt, was die Stadt Uster für die eingesetzten Mittel erhält. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und frjz hat sich seit dem Amtsantritt des neuen Leiters, Richard Schmid, stark verbessert.*

Leistungsgruppe 3 „güter.kultur“

- *Die Stadt- und Regionalbibliothek: Es ist absehbar, dass die vom Parlament geforderten 22 % Kostendeckungsgrad erreicht werden, wenn die Gebührenerhöhungen ein ganzes Jahr umfassen. Es ist nach wie vor so, dass schulpflichtige Kinder Bücher gratis ausleihen können.*

Leistungsgruppe 4 „kunst.kultur“

- *Die Villa am Aabach hat sich auch im letzten Jahr auf hohem künstlerischen Niveau präsentiert. Die Ausstellungen werden von einem Publikum besucht, das etwa zur Hälfte aus „Einheimischen“ besteht. Die NZZ berichtet regelmässig über neue Ausstellungen.*
- *Ab 2007 wird jeweils eine Ausstellung den lokalen Künstlern vorbehalten sein. Es wird sich dabei um eine jurierte Ausstellung handeln.*

*Rudolf Gysi, GR
Walter Meier, GR*

GF Finanzen

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Rolf Graf-Ganz.

Das Geschäftsfeld Finanzen hat zwar bereits einen Leistungsauftrag sowie einen Globalkredit, aber erst für die Jahre 2006 - 2010. Daher erfolgt die Rechenschaftslegung für das Jahr 2005 noch in der herkömmlichen Form mit Geschäftsbericht und Jahresrechnung nach HRM. Im Sinne von NPM basiert meine Berichterstattung auf dem Geschäftsbericht. Punktuell ergänze ich sie um die Erkenntnisse aus der Revision der Jahresrechnung. Zudem lasse ich die Ergebnisse aus unserem Vorgespräch ebenfalls einfließen. Die Subkommission bestand aus Harry Kohler und mir – Andres Kunz, der ebenfalls in unserer Subkommission ist – war aus betrieblichen Gründen verhindert).

Ich beschränke mich auf Ergänzungen zum gedruckten Text.

Abteilung allgemein GB Seiten 29 – 31

Wie unter **Zielerreichung (Punkt 1.2.)** aufgeführt, kann die Finanzabteilung auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die meisten für 2006 gesetzten Ziele sind erreicht worden.

Vereinbarung mit der Heusser-Staub Stiftung

Die Pendenzen aus der Leistungsanalyse wurden nicht explizit als Ziel aufgeführt, daher wird in der Zielerreichung auch nicht näher auf die noch nicht abgeschlossene Vereinbarung zwischen der Heusser-Staub Stiftung und der Stadt Uster eingegangen. Im Budget 2005 wurden für die Buchführung, die die Stadt Uster für die Stiftung erbringt immerhin CHF 20'000 budgetiert (JR Seite 18 Konto 20000.4522.10). Eher ablehnende Signale aus dem Stadtrat haben dazu geführt, dass diese Vereinbarung nicht zuoberst auf der auch so schon vollen Auftragsliste der Finanzabteilung stand. Immerhin wurden die von der Verwaltung für die Buchführung der Heusser-Staub Stiftung aufgewendeten Stunden erhoben, so dass nun zumindest klar ist, um welchen Betrag verzichtet werden würde. Es waren exakt 119,25 Stunden. Zu den momentan gültigen externen Stundensätzen bewertet ergibt das Kosten von CHF 9'283.75.

Für mich ist klar, dass diese Leistung der Stiftung in Rechnung gestellt werden sollte. In der Sachkommission führte dann aber Stadtrat Heinz Wolfensberger aus, a) dass der formelle Namen der Stiftung „ Heusser-Staub Stiftung für Uster“ laute, und diese sehr wohl auch Leistungen gegenüber der Stadt Uster erbringen würde, ohne dafür Rechnung zu stellen. Dies wird natürlich bei der Leistungsvereinbarung zu berücksichtigen sein.

Zinsen TWEG

Im weitem sind auf dem Konto 20010.4210.00 Zinsen von Festgeldanlagen und Depotguthaben noch CHF 59'944.00 verbucht worden. Diese wurden vertragsgemäss von der TWEG bezahlt, da sich deren Bauprojekt auf dem ehemaligen Zivilschutzgelände verzögert hat. Die entsprechenden Zahlungen wurden jedoch anfangs Januar dieses Jahres geleistet, so dass kein Risiko mehr besteht. Zumindest für die Stadt Uster ☺.

Leistungsgruppe Finanzverwaltung GB Seiten 32 – 34

Das Jahresergebnis 2005 und insbesondere die Abweichung zum Budget werden im Bericht zur Rechnung aber auch im Geschäftsbericht ausführlich kommentiert und auch zahlenmässig hergeleitet. Bereits in früheren Jahren gab es positive Überraschungen in Millionenhöhe. Damals wie heute hauptsächlich durch von der Stadt Uster nicht beeinflussbare Faktoren. Der grosse Unterschied ist aber, dass damals auch das Budget positiv war. In diesem Jahr dagegen wurde aus einem budgetierten „Verlust“ von CHF 4,2 Millionen ein „Gewinn“ von CHF 6,3 Millionen, was ein ganz wesentlicher Unterschied ist und das Vertrauen ins Budget wesentlich erschwert.

Von den auf der Seite 32 im Geschäftsbericht aufgelisteten Mehreinnahmen gegenüber dem Budget sind lediglich die

- tieferen Abschreibungen im Verwaltungsvermögen (1,5 Mio.)
- Besseres Gesamtergebnis der Heime und der Primarschule (zusammen 2,5 Mio.)

also insgesamt 4 Millionen von der Stadt Uster beeinflussbar. Und dabei kann mit den tieferen Abschreibungen künftig hoffentlich nicht mehr gerechnet werden. Doch darauf komme ich später noch zurück. Das heisst also dass ohne Fremdeinflüsse, die Rechnung 2005 lediglich ausgeglichen wäre. Was ja eigentlich auch schon ganz gut wäre.

Noch ein Wort zur Investitionsrechnung. Muss die Steigerung der Ausgeführten Investitionen um 6% bereits als Erfolg verstanden werden? Sicherlich nicht. Wenn weniger als die Hälfte der budgetierten Investitionen effektiv umgesetzt werden, so ist dies einfach inakzeptabel. Daher haben auch der Finanzvorsteher und der Abteilungsleiter

Finanzen im Budgetprozess 2006 zusammen mit den Verantwortlichen der einzelnen Abteilungen sämtliche Investitionen besprochen und auf deren Realisierbarkeit überprüft. Ob diese Massnahme greift werden wir im nächsten Jahr unweigerlich sehen. Leider konnte Stadtrat Wolfensberger in der Sachkommission noch keine Trends für die Investitionsrechnung 2006 bekannt geben.

Der Selbstfinanzierungsgrad von 213 % ist zwar toll, bei voll ausgeschöpften Investitionsvolumen würde er um 100% betragen, was natürlich auch noch sehr gut ist.

Wenn im Ausblick über den Steuerfuss gesprochen wird, so muss ich einmal mehr betonen, dass eine Steuerfussenkung keine einmalige Dividendenausschüttung ist, die bei einem guten Rechnungsabschluss vorgenommen werden kann. Eine Steuerfussenkung ist eine strukturelle Änderung, die anhand des Budget und des Finanzplanes diskutiert werden kann.

Leistungsgruppe Steuern GB Seiten 34 – 36

Die Leistungsgruppe Steuern kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie hat nicht nur die vom Kanton vorgegebene Sichtquote um 10%-Punkte übertroffen, sondern dies auch noch mit guter Bewertung seitens kantonalem Steueramt. Mit dem Scannen aller Steuererklärungen hat sich die Arbeitsweise im Steueramt geändert. Einfachste Fälle könnten sogar automatisch veranlagt werden.

Steuern früherer Jahre / Verzugs- und Vergütungszinse

Interessant ist hier folgende Feststellung: Die Steuern früherer Jahre betragen CHF 7' Mio. und haben das Budget um fast 2,5 Mio. übertroffen. Dabei handelt es sich um Steuernachrechnungen. Als diese Steuernachforderungen haben zwangsläufig auch Verzugszinse zur Folge, so dass eigentlich die Verzugs- und Vergütungszinse höher als budgetiert hätten ausfallen müssen. Doch diese betragen gerade einmal 18'000 statt den budgetierten CHF 180'000. Angesprochen auf dieses ungewöhnliche Verhältnis wurde festgestellt, dass vor allem juristische Personen vom verhältnismässig guten Vergütungszins - er beträgt 2% - profitieren wollten, in dem sie Ihre Steuerrechnungen sehr frühzeitig bezahlt und grössere Steuerguthaben stehen gelassen haben. Alleine zwei Firmen hätten Vergütungszinse in der Höhe von CHF 40'000 und 20'000 gutgeschrieben erhalten. Da die Steuerguthaben jederzeit zurückbezahlt werden können müssen, können die entsprechenden Guthaben nicht als Liquiditätsreserve verwendet werden. Allenfalls müssten grössere Steuerguthaben künftig aktiv bewirtschaftet werden.

Leistungsgruppe Informatik GB Seiten 36 – 37

Budgetverantwortung der Leistungsgruppe Informatik

Die Informatikaufwendungen der Stadt Uster haben sich im budgetierten Rahmen von 1,8 Mio. bewegt. Die Budgetverantwortung ist ja geteilt. Zum einen werden die von den Abteilungen „nachgefragten Informatikdienstleistungen“ den betreffenden Abteilungen weiterverrechnet und sind dort zu verantworten, zum andern bleiben aber die Netzkosten in der Budgetverantwortung der Leistungsgruppe Informatik. Wenn nun – wie ich vorher – lediglich gesagt wird, dass der Informatikaufwand im budgetierten Rahmen ist, so ist dies trügerisch. Denn wirklich bewegen sich die „nachgefragten Informatikdienstleistungen“ unter dem budgetierten Betrag, was also heisst, dass die übrigen Kosten höher als budgetiert ausgefallen sind. In der Sachkommission wurde seitens Verwaltung zugesichert, dass dieser Problematik beim Jahresbericht 2006 Rechnung getragen werden wird.

Investitionsrechnung Jahresrechnung 2005 Seite 37

Hier bestehen keine Risiken. Erwähnen kann ich lediglich, dass die Erschliessungskosten Gabelacker im Jahre 2005 angefallen, aber noch nicht auf die einzelnen Beteiligten (vor allem Stadt Uster)

belastet worden ist. Damit hat sich das Investitionsvolumen 2005 der Stadt Uster eigentlich um 100'000 erhöht ☺.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat der Jahresrechnung 2005 sowie dem Geschäftsbericht 2005 des GFs Finanzen einstimmig zugestimmt. Und auch aus der Beratung der RPK gibt es nichts zu ergänzen.

GF Liegenschaften

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Harry Kohler.

Bei der Prüfung tauchten wenig Fragen auf. Die Stellen blieben gleich. Während einiger Monate war eine Stelle temporär besetzt. Dadurch und infolge Stellenwechsel haben die Personalkosten zugenommen.

Leider ist die allgemeine Liegenschaftsbewertung aufgrund von Personalengpässen infolge Mutationen noch nicht abgeschlossen. Die Fristverlängerung läuft bis am 30. Juni 2006. Eine verbindliche Aussage dazu kann noch nicht gemacht werden.

Stadtrat H. Wolfensberger informiert, dass die Bestandesaufnahme mit der Software Stratus bis auf den Stadthofsaal abgeschlossen. Das Energiemodul ist bis im Sommer in Zusammenarbeit mit der Energie ag aufbereitet. Die Software Liegenschaften wurde generell eingeführt und läuft. Die Städtische Liegenschaftenverwaltung hat eine gute Zusammenarbeit mit der Primarschule, regelmässige Sitzungen mit Verantwortlichen von der Primarschule ergaben gute Rückmeldungen.

NPM Jahresbericht Seite 30	Abweichungsbegründung d): Rückgang Einnahmen Liegenschaftenerträge Finanzenvermögen (Mietzinserhöhungen nicht realisiert.....) – 146'000 Auf wann ist die Mietzinsanpassung geplant?
-------------------------------	---

Mietzinserhöhungen sind erst geplant, wenn der Hypothekarzins wieder erhöht wird.

	<i>Investitionsrechnung</i>		
29210.5030.21 Kiosk Schiffflände	Rechnung 0 Stand des Projektes	Budget 0	Abweichung 0

Der Mietvertrag läuft noch bis 2007. Da das Projekt «Pavillon Nouvel» noch pendent ist, soll einem Entscheid auch nicht vorgegriffen werden. Das GF Liegenschaften hat die Planungsphase frühestens für 2006 vorgesehen.

29210.5030.32 Untere Farb, Dachsanierung	Rechnung 0 Stand des Projektes	Budget 250'000	Abweichung 250'000
--	-----------------------------------	----------------	--------------------

Die Planung hat sich verzögert da bei der Stadtbildkommission noch keine Einigkeit herrscht. Die Umsetzung sollte aber noch dieses Jahr erfolgen.

<p>29210.5030.43 Schulweg 4, Teilsanierung innen und neue Fenster</p>	<p>Rechnung 6'478.55 Entsprechen aufgelaufene Kosten dem Projektfortschritt? Bestehen Risiken?</p>	<p>Budget 270'000</p>	<p>Abweichung 263'521</p>
---	--	-----------------------	---------------------------

Die Kosten entsprechend dem Projektstand welcher sich im 2005 verzögert hat. Die Arbeiten werden im Mai 2006 im Rahmen des bewilligten Kredits abgeschlossen.

Referent
Harry Kohler

GF Unterhalt öffentlicher Raum

Für die Kommission Planung und Bau referiert Christian Keller.

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die Kommission Planung und Bau behandelte den Jahresbericht und die Rechnung in zwei Sitzungen. Zudem fand eine vertiefte Auseinandersetzung durch eine Subkommission mit den Vertretern der Stadt statt. Ansprechpartner seitens der Stadt waren Stadtrat Thomas Kübler und Stadtingenieur Fässler.

*Bei den Leistungszielen wurden die folgenden Punkte vertieft diskutiert:
Beim Strasseninspektorat wurde für die Werterhaltung der Strassenverkehrsanlagen CHF 0.79 Mio. investiert. Diesem Betrag steht ein theoretischer Wertverlust von CHF 2.2 Mio. gegenüber. Diese Diskrepanz ist langfristig nicht zu vertreten. In einem ersten Schritt ist der aufgeführte theoretische Wertverlust von CHF 2.2 Mio. zu hinterfragen, wenn sich dieser bestätigt, ist langfristig eine Anpassung bei den Unterhaltmassnahmen zwingend.*

In der Leistungsgruppe Stadtentwässerung fällt auf, dass die für 2005 definierten Sollwerte des Fremdwasseranteils überschritten werden und weit von den Zielgrössen von 30% bei Trockenwetter und 50% bei Regenwetter entfernt sind. Dies führt zu grossen Mehrkosten im ARA-Betrieb und muss zwingend im Auge zu behalten. Massnahmen, wie der Fremdwasseranteil reduziert werden kann, sind aufzuzeigen.

Einmal mehr gab die LG 5 Infrastrukturmanagement zu Diskussionen Anlass. In dieser LG werden als Leistungsziele die Projektabwicklungen gemäss Investitionsplanung sowie Dienstleistungen für Dritte aufgeführt. Hauptdiskussionspunkt und Forderung ist einmal mehr, dass alle Aufwendungen für Projekte diesen direkt zu belasten sind und diese die laufende Rechnung somit nicht belasten dürfen.

Bei der Abrechnung Globalkredit werden die grossen Abweichungen bei den kalkulierten Abschreibungen und Zinsen diskutiert. Diese sind eine Folge der gegenüber dem Budget viel tieferen Investitionen, ich komme darauf noch zurück.

In Informationsteil Finanzen werden die Abweichungen von 12.4% im LG 1 Strasseninspektorat thematisiert. Diese sind nach Angabe der Verwaltung eine Folge zahlreicher, nicht budgetierter Kleinprojekte der Energie Uster AG, die Kostenfolgen für die Stadt nach sich zogen. Es wird vereinbart, dass diese Kleinprojekte in Zukunft, zusammen mit der Energie Uster AG, zu budgetieren sind.

Bei den Kennzahlen werden die Soll-Werte der ARA, die die Wasserqualität betreffen, diskutiert. Es ist störend, für 2005 Soll-Werte für Phosphoreintrag und Schlammalter aufzuführen, die erst in mehreren Jahren, nach dem nächsten ARA-Ausbauschnitt, erreicht werden können.

Hauptkritikpunkt in der ganzen Rechnung ist das Nicht-Ausschöpfen der budgetierten Investitionen. Von den im GF Unterhalt öffentlicher Raum budgetierten Investitionen von über CHF 6 Mio. wurden lediglich rund CHF 2.7 Mio. tatsächlich investiert. Eine sorgfältigere, realistischere Finanzplanung muss unbedingt erreicht werden.

Die Kommission Planung und Bau beantragt dem Gemeinderat einstimmig dem vorliegenden NPM-Jahresbericht und der Jahresrechnung des Geschäftsfeldes Unterhalt öffentlicher Raum zuzustimmen.

*Kommission Planung und Bau
Christian Keller
Uster, 17.06.2006*

Zum Thema Zunahme Unterhalt Strassenbeleuchtungsanlagen referiert Hannes Rohner von der SVP-/EDU-Fraktion: „Gegenüber dem Voranschlag sind Mehrausgaben von 385'000 entstanden. Die Hälfte dieser Überschreitungen stammt aus einer Zunahme des Unterhalts Strassenbeleuchtungsanlagen. Die Ausgabenüberschreitung entstand aus mehr oder weniger unvorhergesehenen Aktivitäten der Energie Uster AG. Zum Beispiel in Freudwil, Nänikon, aber auch in ganz Uster mussten manchmal unvorhergesehene Ergänzungen der Strassenbeleuchtung vorgenommen werden, die der zuständige Stadtrat jeweils zu unterschreiben hatte. Dieser Zustand befriedigt auch uns von der SVP-/EDU-Fraktion nicht. In Zukunft muss dieser Ausgabenposten besser veranschlagt werden. Wir unterstützen die Idee von Stadtgenieur Fässler – und möchten ihm die notwendige Rückendeckung geben – die er anlässlich der Befragung durch die KPB selber vorschlug: Es muss für diese erheblichen Ausgaben ein eigenes Konto geschaffen werden. Damit wird Energie Uster dazu gedrängt werden, besser vorzuschauen und das Budget einzuteilen. Ich habe geschlossen.“

GF Raumordnung und Natur

Für die Kommission Planung und Bau referiert Simone Michel. Sie greift einige Punkte aus dem NPM Jahresbericht heraus. U.a. weist sie darauf hin, dass auf den Budgetprozess 2007 hin die Wirkungs- und Leistungsziele einer Kontrolle unterzogen werden sollten.

GF Bau und Vermessung

Für die Kommission Planung und Bau referiert Marc Meyer.

Anlässlich einer Subkommissionssitzung und einer ordentlichen KPB-Sitzung haben die Verantwortlichen des Geschäftsfeldes Bau und Vermessung den Jahresbericht 2005 vorgestellt und die Fragen der Kommissionsmitglieder beantwortet.

Die folgenden Punkte haben dabei zu Diskussionen Anlass gegeben:

- **Zielsetzungen Geschäftsfeld: Die aufgeführte Benchmark-Studie liegt noch nicht vor, wird aber in Kürze den Behördenmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.**

- *LG1 Baubewilligungen: Die vom Gemeinderat vorgegebene Quote von über 50% der innerhalb der Verfahrensfristen erledigten Baugesuche wurde zwar deutlich übertroffen, doch stellt sich hier die – politische – Frage, ob die Ansetzung einer so tiefen Quote für die in das Verfahren involvierten Personen – Kunden, aber auch Verwaltungsangestellte, wirklich so sinnvoll ist.*
- *LG2 Vermessung: Einmal mehr wurde über den aufgeführten Kostendeckungsgrad (100%) diskutiert. Da unter diesen Wert nur einzelne, ausgewählte Dienstleitungen fallen, ist der Aussagekraft dieses Indikators nur sehr eingeschränkt interpretierbar. Abhilfe kann hier, wie auch in anderen Leitungsgruppen des Geschäftsfeldes, wohl nur die angekündigte Kosten-Leistungsrechnung bringen. Erst dann wird es für den Gemeinderat möglich sein - auf der „Produktebene“ - wirklich zu steuern.*
- *LG3 Bauberatung: Das aufgeführte Projekt „Mobilitätsmanagement in Unternehmen“ wird in Kürze öffentlich präsentiert werden.*
- *Finanzen: Die ausgewiesene Budgetüberschreitung von 60% in der Leistungsgruppe Vermessung hat eine buchhalterische Ursache. Es werden keine transitorischen Abgrenzungen vorgenommen. Die Mitglieder der KPB empfehlen den Verantwortlichen, zu prüfen, ob dies in Zukunft nicht sinnvoll wäre.*

31. Mai 2006 – Marc Meyer

GF Sicherheit

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert René Biber. Er weist u.a. darauf hin, dass die Abteilung einen neuen Chef gekriegt haben, der viel bewegt hat in diesem ersten Jahr. Weiter greift er das Thema Feuerwehr auf, wo vieles offen ist: ein Abbau ist geplant auch steht eine professionelle Feuerwehr zur Diskussion und im Zusammenhang mit dem Seerettungsdienst stellt er fest, dass die Organisationsform nicht optimal ist.

GF Pulikumsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert René Biber. Personelle Veränderungen haben zu Einsparungen durch Neuorganisationen geführt, führt er u.a. aus. Zu den Märkten informiert er, dass zum einen der Uschtermärt rendiert, zum anderen der Wochenmarkt nicht rendiert, was eine Mischrechnung bzw. Quersubvention ergibt. Diese Positionen sollten transparent gemacht werden.

GF Bürger- und Parlamentsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Paul Gantenbein.

GF Bürger- und Parlamentsdienste

Besprechung vom 22. Mai 2006 im Stadthaus Uster

KÖS-Präsident Rolf Graf sowie die Mitglieder Beat Roos, Thomas Wüthrich und Paul Gantenbein (Schreiber), trafen sich am 22. Mai mit Stadtpräsident Martin Bornhauser, Stadtschreiber Herr Baumberger sowie Herr Schweiter, Abteilungsleiter Präsidiales, um den Geschäftsbericht 2005 zu besprechen.

Erfreulicher Rechnungsabschluss

Die Rechnung 2005 schliesst gegenüber dem Budget 2005 mit einem um rund 5% besseren Ergebnis als prognostiziert ab. Einem leicht höheren Aufwand von 2'068 Mio. steht ein im Vergleich zum Budget deutlich besserer Ertrag von 1'255 Mio. gegenüber, was einer Verbesserung um rund 42'000 Franken entspricht.

Dies, obwohl die im Berichtsjahr abgehaltenen Wahlen eine wesentlich höheren Aufwand, als vorgesehen, verursacht haben. Ebenfalls der Posten Veranstaltungen Parlament (Kto. 12610.3171.00) erfuhr eine deutliche Überschreitung. Die Budgetierung dieser Position ist offenbar nicht ganz einfach, vor allem da dieser Betrag von zwei Ratspräsidenten beansprucht wird. Man war sich jedoch in der Runde einig, dass diese Position zu tief budgetiert ist und allenfalls eine Erhöhung erfahren müsste. Ebenfalls muss geprüft werden, ob diese Position nicht besser aufgeteilt werden, damit die Ratspräsidenten eine klare Vorgabe haben.

Das Konto (12500.3650.20) Wirtschaftsförderung wurde deutlich überzogen, als Gründe wurde genannt, dass die Evaluation des neuen Wirtschaftsförderers sehr aufwendig und kostenintensiv war und als zweiter Grund, der Japan-Anlass ausser Budgetplan kurzfristig abgehalten wurde. Das Konto 12500.3650.30 Wirtschaftsförderung weist im Voranschlag eine falsche Zahl auf, richtig ist 3'000 Franken.

Bürgerrecht

Auch im vergangenen Jahr war das Interesse bei uns lebender ausländischer Staats-angehöriger gross, das Schweizer Bürgerrecht zu erlangen. Rund die Hälfte aller Gesuchsteller kommt heute aus Serbien und Montenegro, während bis vor ein paar Jahren unsere italienischen Nachbarn das Gros der Bewerber stellte. Einen regel-rechten Einbruch hatte das Ertragskonto „Bürgerrechtsgebühren“ zu verzeichnen, durch die Neuansetzung der Einbürgerungsgebühren, die ab 2006 nicht mehr Vermögensabhängig sind, wird im neuen Rechnungsjahr nochmals mit einer tieferen Ertragsquote gerechnet. Mit dieser Massnahme erhofft man sich, dass das Angebot vor allem die seit Jahrzehnte bei uns lebenden Gastarbeiter anspreche, die bis anhin infolge ihrer Vermögenssituation und der daraus resultierenden hohen Gebühr, auf die Einbürgerung verzichteten.

Als grösstes Handicap und zugleich Stolperstein bei der Einbürgerung, erweisen sich die mangelhaften Deutsch- und Staatskundekenntnisse. Leider konnte im Berichtsjahr der angekündigte Ausbildungskurs infolge fehlender personeller Ressourcen nicht realisiert werden. Im Mai 2006 erfolgte nun im Bildungszentrum der Startschuss zum ersten Kurs. Dieser Staatskundekurs kostet pro Person 250 Franken und findet an vier Abenden statt. Die Kurskosten gehen voll zu Lasten der Kursabsolventen, das Angebot soll Kostenneutral und somit ohne Beitragszahlungen der Stadt Uster abgewickelt werden.

Wirtschaftsförderung/Standortmarketing

Per Ende 2005 lief der Vertrag der Wirtschaftsförderin Frau Scheiber aus. Nach sorgfältiger Evaluation konnte offenbar ein gut qualifizierter Nachfolger gefunden werden. Die Anfragen und Kontakte bewegten sich praktisch im Rahmen des Vorjahres.

Stadtammann- und Betreibungsamt

Auffallend ist der gute Abschluss im Stadtammann- und Betreibungsamt. Gegenüber dem letzten Jahr, als keine kostendeckende Bewirtschaftung erreicht werden konnte, resultierte im 2005 ein Plus von rund 200'000 Franken. Dieser erfreuliche Ertrag wurde zum einen durch die Tatsache erreicht, dass mehr Betreibungen erfolgten und damit höhere Gebührenerträge resultierten. Andererseits hauptsächlich weil der Personalbestand infolge Raumknappheit nicht ausgeschöpft werden konnte. Diese für das Personal unbefriedigende Situation bedeutete für jeden Einzelnen eine überdurchschnittliche Arbeitsbelastung und ein Anwachsen der Überstundenkontos. Die Situation soll durch die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes im Laufe des Jahres entschärft werden. Erfreulicherweise schloss auch das Friedensrichteramt wesentlich besser ab als budgetiert.

In den Kommissionen KÖS und RPK wurde der Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Paul Gantenbein, KÖS

Rolf Graf-Ganz ergreift das Wort. Zum Thema Veranstaltungen fügt er hinzu, dass der Gemeinderat eine massive Kostenüberschreitung auf dem Konto zu verbuchen hätte. Über dieses Konto laufen das Jahresschlussessen und der Ratsausflug, budgetiert sind 15'000 Franken. Nachdem für das Jahresschlussessen 2005 13'000 Franken gebraucht wurden, sind für den Ratsausflug des nachfolgenden Ratspräsidenten gerade mal noch 2'000 Franken verblieben. Das Konto schloss dann auch mit 23'000 Franken. Der Gemeinderat ist unglaublich vor der Verwaltung, wenn er sein eigenes Budget nicht einhalten kann.

GF Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert Werner Kessler.

Am 18. Mai 06 fand im Beisein von Stadträtin Barbara Thalmann, Armin Manser, Elsbeth Hürlimann und Werner Kessler die Vorbesprechung des Jahresberichtes des Geschäftsfeldes Sozialhilfe statt.

Eingangs darf erwähnt werden, dass die Stadt Uster im Ausgabenbereich Sozialhilfe im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden ein zufrieden stellendes oder gar erfreuliches Resultat ausweisen kann. Dies dank Personalressourcen, die unter einer umsichtigen Führung sowie auf langjährige Erfahrungswerte zurückgreifen können und zudem zeigt sich, dass die neuen SKOS -Richtlinien greifen.

Ein aktuelles und ausführliches Thema waren auch die so genannten Sozialdetektive, die zurzeit für Uster dank erweiterter Kontrolle u. Vernetzung, auch mit der Abt. Sicherheit kein Thema sind. Die Polizei musste jedoch ein paar Mal aufgeboten werden, um Sozialhilfeempfänger, die Drohungen aussprachen, in die Schranken zu weisen, was dann auch keine weiteren Konsequenzen nach sich zog.

Seite 81, Abweichung Beitrag Betrieb Jugendsekretariat

Im Rahmen eines wif-Projektes wurden die Strukturen der drei Oberländer Bezirksjugendsekretariate Hinwil, Pfäffikon und Uster zum Amt für Jugend- und Berufsberatung, Region Ost, zusammengelegt.

In diesem Reformprozess wurden auch die Dienstleistungen, welche für die ganze Region erbracht werden vereinheitlicht. Da im Bezirk Uster zuvor das Angebot am stärksten ausgebaut war, erfuhr dieses Abstriche. Dies wirkte sich auf die Kosten aus. Beiträge, welche die Stadt Uster für das Jahr

2004 gemäss Budget bezahlt hatte, wurden der Stadt im 2005 zurück bezahlt und sorgten einmalig für einen hohen Minderaufwand.

Seite 84 Leistungsziele Übernachtungen

Für die Reduktion der Belastung des Jahres 2005 bei der Asyl und Flüchtlingskoordination hat die Anzahl Übernachtungen, welche um 1393 höher als budgetiert ist, wesentlichen Einfluss. Da diese Pauschalen, welche der Kanton ausrichtete, direkt von der Anzahl Übernachtungen abhängt, kann auf diese Weise die Nettobelastung der Stadt Uster vermindert werden.

Seite 87 Globalkredit, LG 2 Abweichung von 765.1% im Flüchtlingsbereich

Diese wäre nicht bei rund 166 000.-- beziehungsweise bei 765.1%, wenn alle Einnahmen, auf welche die Stadt Uster für das Jahr 2005 vom Kanton Anspruch hat, zeitgleich den Ausgaben angerechnet würden. Dann wäre die effektive Belastung bei rund 80 000.--. Da aber eine Zeitverschobene Abrechnung vorgenommen wird (d.h. Ansprüche des Jahres 2005 werden erst im 2006 ausbezahlt), ist die Belastung mehr als doppelt so hoch.

Seite 91

Die Primas, so genannte private Mandatsträger bei vormundschaftlichen Massnahmen nehmen weiter zu. Der Aufgabenbereich dieser Mandatsträger beschränkt sich jedoch mehr o. weniger auf alltägliche Bereiche, wobei die Pro Senectute für Treuhand etc. Ressourcen zur Verfügung stellen und Hand bieten, was zur Erreichung der Zielsetzung jedoch nur ausreicht, wenn für die Primas weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Ein Problem mit der Ausbildung der Primas wird jedoch schon seit längerer Zeit beobachtet. Es wird immer wieder nach neuen Möglichkeiten gesucht. Leider haben alle Anstrengungen bis heute wenig – wenn nicht keine – Früchte getragen. Ein weiterer Versuch wird nun gestartet. Sollte auch hier keine Wirkung erzielt, werden muss ein weiterer Einsatz von Primas nachdrücklich hinterfragt werden.

Die Kommission „Soziales und Gesundheit“ hat an ihrer Sitzung vom 29. Mai 2006 den Jahresbericht geprüft, einstimmig verabschiedet und beantragt dem Gemeinderat diesem zuzustimmen.

Werner Kessler, Gemeinderat

Referent für die Kommission Soziales und Gesundheit.

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert Lennie Grob-Overdulve.

Am 18 Mai 06 fand das Gespräch mit der Stadträtin Barbara Thalman und dem Abteilungsleiter Armin Manser statt. Wir bekamen auf die offenen Fragen klärende und zufrieden stellende Antworten. Wir danken für das offene Gespräch.

Ziele des Geschäftsfeldes Seite 92

Wie aus dem Bericht auf Seite 92 ersichtlich ist, arbeitet die Stadt Uster intensiv mit verschiedenen lokalen und regionalen Dienstleistungserbringern zusammen. Auf Seite 93, Geschäftsfeld, sind die dadurch entstehenden jährlichen Kosten von Fr. 869'665.00 aufgeführt. Bei der Budgetierung im 2004 wurde ein Betrag von Fr. 680'000.00 eingesetzt. Dieser Betrag wurde eindeutig zu tief angesetzt. In diesem Bereich kann auch kaum gespart werden, weil es sich hier meistens um gebundene Ausgaben handelt.

Der Erfolg dieser Projekte ist erfreulich. Mindestens 1/3 der Teilnehmer findet eine neue Stelle, die anderen verlieren den Kontakt zum ursprünglichen Beruf nicht und haben eine konstante Betreuung. Die leichte Abnahme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklärt sich aus den teilrevidierten SKOS-Richtlinien, welche durch die höheren Anforderungen gesamthaft die Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe senkte. Arbeitslose Neuzuzügerinnen und Zuzüger aus anderen Kantonen werden nicht immer durch den Kanton subventioniert. Sie haben aber trotzdem die Möglichkeit an den Einsatzprogrammen teilzunehmen.

Sozialversicherungen Seite 92

Die Zusatzleistungen, welche IV- Bezügerinnen und Bezüger ausgerichtet werden, liegen über dem Budget. Grund dafür sind die Nachzahlungen der Gemeindezuschüsse. Die IV braucht viel Zeit für die Bearbeitung der Neugesuche.

Die neue Verordnung der Gemeindezuschüsse ist seit August 05 in Kraft. Heimbewohnerinnen und Bewohner, Personen mit einem Vermögen über Fr. 50'000.00 und verheiratete Personen, von denen der Ehepartner ein Einkommen hat, bekommen keine Gemeindezuschüsse mehr.

Die Erhöhung der Anzahl Verlustscheine - Seite 98 - ist auf die Aufarbeitung von Pendenzen des Vorjahres zurückzuführen. Die Stadt Uster muss die Krankenkassenprämien von Zuzügerinnen und Zuzüger übernehmen und nimmt dabei ev. Verluste in Kauf. Eine Leistungssperre könnte weit höhere Kosten verursachen.

Familienergänzende Betreuung

Mit der Eröffnung des Hortes Ramba- Zamba im Herbst 05 stehen in Uster 20 Hortplätze mehr zu Verfügung. Der Hort hofft die Belegung im 07 auf 90% steigern zu können. Weil viele Eltern für einen bestimmten Tag und in einen bestimmten Hort oder Krippe einen Platz suchen, ist die Belegung „nur“ 87% und andererseits eine grosse Warteliste.

Der Elternbeitrag an den Gesamtkosten beträgt 53%.

32% der Eltern zahlen den kostendeckenden Tarif.

Die Horte und Krippen haben private Trägerschaften, sind jedoch an kantonale Auflagen gebunden. Die Schatzkiste, Ramba Zamba und Beluga bekommen während drei Jahren eine Anstossfinanzierung von Fr. 15'000.00 vom Bund.

Bei den Schulergänzenden Tagesstrukturen sollte die Primarschule von den Erfahrungen der Horte profitieren können. Die Qualität muss gleich gut sein und sie dürfen für die Eltern jedoch nicht günstiger als die bestehenden Horte sein. Denkbar wäre auch, dass die Horte Plätze für die Primarschule zur Verfügung stellen.

Mit Fr. 10'257'900.00 Voranschlag und Fr. 10'318'987.00 IST, weist das Geschäftsfeld „Soziale Sicherheit“ eine moderate Budgetüberschreitung aus, aber nur aufgrund der erheblich tieferen FEB-Kosten.

Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt einstimmig dem Gemeinderat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des Geschäftsfeldes „Soziale Sicherheit“ zu genehmigen.

*Lennie Grob – Overdulve
Daniel Hunziker
Gemeinderat*

GF Betreutes Wohnen

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert Werner Egli.

Bericht

zuhanden des Gemeinderates bezüglich dem **NPM-Jahresbericht 2005** des Geschäftsfeldes „Betreutes Wohnen“, umfassend die LG 1 und 2 mit den Heimen „Dieterrain“ und „Grund“ sowie die LG 3 mit den Spitex-Diensten.

-NPM-Jahresbericht 05, Seiten 99-109; GF Betreutes Wohnen

-NPM-Jahresbericht 05, Seiten 4-13; Einleitung

-Jahresrechnung 05, Seite 25, Zusammenzug Laufende Rechnung

-Jahresrechnung 05, Seite 42, Investitionsrechnung

-Bericht Jahresrechnung 2005, Seiten 3-5 und 11

Am 9. Mai 2006 wurde die Vorbesprechung dieses Geschäftsfeldes durch Christian Wüthrich mit Stadträtin Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteher Ernst Brassel, Leiterin Heime Uster Marianne Dobler und Leiterin Spitex Uster Frau Tavaretti vollzogen. Das erwähnte Geschäftsfeld schliesst nun im 2. Jahr im NPM-Verfahren ab.

Vorbemerkungen

Das Geschäftsfeld „Betreutes Wohnen“ hat erneut (Vj. Fr. 1222k) eine deutliche Unterschreitung des Globalkredites 2005 zu vermelden. So wurde das Budget (ohne Defizitbeitrag Spital) um Fr. 916k unterschritten und erreichte einen IST-Saldo von Fr. 2397k. Zusammen mit der Differenz beim Spital um Fr. 1840k ergibt sich eine Gesamtunterschreitung des Globalkredites 2005 **von Fr. 2756k**. Im Rahmen der Vorbesprechung wurde darauf hingewiesen, dass sicher eine Budgetgenauigkeit zu diesem Resultat beigetragen hat. Für die Zukunft wird auf eine exaktere Budgetierung geachtet werden.

NPM-Jahresbericht 2005 (ab Seite 99 & ff)

Die Zusammenlegung der Heime hat im abgelaufenen Jahr deutliche Synergien gezeigt und die Ziele der auf Seite 100 genannten Prozessphasen 1-3 sind erfüllt worden. Ab 1.6.2005 startete die LG 1 und 2 mit einem neuen Organigramm. Das Budget 2006 wird neu mit der zusammengeführten Leistungsgruppe LG Heime Uster (bisher LG 1 und 2) geführt. Dieser Zusammenschluss soll sich auch auf das Globalbudget 2006 mit dem Globalkredit auswirken. Der budgetierte Globalkredit 2006 beträgt Fr. 2'035k für die Heime und Spitex-Betriebe in Uster.

Gesamt-Geschäftsfeld Betreutes Wohnen

Die Wirkungs- und Leistungsziele des Geschäftsfeldes sind im wesentlichen erfüllt, zum Teil sogar übertroffen worden. Insbesondere beim Kostendeckungsgrad der Betriebskosten wurde mit 94,2% ein um 4% höherer Deckungsgrad erreicht.

LG 1 -Dieterrain

Das „Dieterrain“ hat die messbaren Zielsetzungen bei den Leistungszielen im Bereich des Kostendeckungsgrades und der Bettenauslastung gut, teilweise sehr gut erfüllt. Einzig bei der Bettenbelegung den dezentralen Pflegewohngruppen konnte die Bettenbelegung nicht erreicht werden.

Die zukünftige Ausrichtung der dezentralen Pflegewohngruppen wurde nochmals thematisiert und auch im Budget 2006 als Wirkungsziele nochmals spezifiziert. Nach wie vor bilden die Pflegewohngruppen einen wichtigen Eckpfeiler des betreuten Wohnens. Ein Ausbau der Pflegewohngruppen ist aktuell kein Thema.

Die Abrechnung der Cafeteria zeigt auf, dass eine höhere Anzahl von Anlässen (150) durchgeführt werden konnte. Die budgetierten 130 Veranstaltungen wurden somit um 15 % übertroffen und der Umsatz erreichte mit Fr. 528k ein bisher nicht erreichtes Ergebnis. Der Kostendeckungsgrad erreichte 100,7%. Die Oeffnungszeiten sind mit 52,5 Wochenstunden unverändert geblieben und entsprechen in erster Priorität den Bedürfnissen der BewohnerInnen.

Die LG1 „Dietenrain“ hat ihren Globalkredit von Fr. 1'027'800 mit Fr. 200'298 unterschritten und somit ein Resultat von Fr. 827'502.- erreicht. Aufgrund der Zusammenlegung der LG 1 und 2 können die einzelnen Abschlüsse der beiden LG im Berichtsjahr 2005 nicht mehr genau analysiert und politisch beurteilt werden. Gesamthaft haben die beiden Heime im 2005 einen Globalkredit von Fr. 1'342'205.- beansprucht. Gegenüber dem Vorjahr 2004 ist dies eine Reduktion um rund Fr. 305k. Gegenüber dem Budget 05 beträgt die Differenz für beide Heime hohe Fr. 890k! Es wäre jedoch trügerisch, diese Differenz hauptsächlich auf die Synergiewirkung der Zusammenlegung der beiden Heime zurückzuführen.

Vielmehr gelten alls Gründe für die Budgetabweichungen für die beiden Heime höhere Einnahmen aus Pflorgetaxen aber auch geringe Aufwendungen beim Aufwand für Anlagenutzung (Verzicht Anschaffung von Pflegebetten) Diese tieferen Aufwendungen sind mit dem bevorstehenden Umbau des Heimes „im Grund“ begründet worden. Weitere Veränderungen Budget/Jahresrechnung sind auf Seite 107 des NPM-Jahresberichtes ersichtlich.

LG 2 -Heime im Grund

Das Heim „im Grund“ hat die geplanten Zielsetzungen 2005 erreicht und teilweise sogar übertroffen. Insbesondere die tiefer prognostizierte Bettenbelegung im Krankenhaus ist nicht eingetroffen und erreicht mit einer Abweichung von 4.25% eine Belegung von guten 92.25%.

Die LG 2 hat ihren bewilligten Globalkredit 2005 von Fr. 1'205'000.- um Fr. 690k auf gute Fr. 515k unterschritten. Weitere Erklärungen sind bereits bei der LG 1 aufgeführt worden. Zur besseren Übersicht sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich der Globalkredit des Heimes im Grund von 2003 von Fr. 1'421k auf nun Fr. 515k im Berichtsjahr 2005 reduziert hat. Dabei dürften die erwähnten Synergien insbesondere in diesem Heim Wirkung gezeigt haben, wobei auch hier die Taxveränderung und die Budgetierung **vor Beschluss der Heimzusammenlegung**, namhaft zum gegenüber dem Budget veränderten Resultat beigetragen haben.

LG 3 -Spitex

Der Spitex-Betrieb hat 2005 seine Leistungsziele innerhalb des Globalbudgets bezüglich deren Pflegestunden erreicht und mit 11'132 Stunden sogar um rund 100 Mehrstunden übertroffen. Die bedarfsorientierten Leistungen (es dürfen keine bedürfnisorientierten Arbeiten vollzogen werden) haben bei der Stadt Uster um 600 Stunden auf 5600 Stunden abgenommen und dafür sind die vom Frauenverein vollzogenen Leistungen mit 8416 Stunden um über 400 Stunden (Budget 8000 Stunden) übertroffen worden. Begründet wird diese Verschiebung damit, dass der mit der „Haushilfe“ betreute Frauenverein heute Arbeiten erledigen kann, welche früher von den Gemeindegkrankenschwestern (Pflegefachpersonen) resp. der Hauspflege (Stadt Uster) erbracht worden sind. Auch die Hauspflege erledigt heute andere Arbeiten als „nur“ Grundpflege und hauswirtschaftliche Leistungen. Generell gilt: Die Stadt ist für die Krankenpflege und die Hauspflege und der Frauenverein für die Haushilfe zuständig.

Beim Mahlzeitenverkauf ist eine weitere Reduktion auf 5559 verkaufte Mahlzeiten zu verzeichnen. Gegenüber dem Budget ein Minus von 2500 Mahlzeiten und gegenüber dem Vorjahr eine Reduktion von rund 800 Mahlzeiten.

Die LG 3 hat ihren Globalkredit 2005 von Fr. 1'049'900 mit Fr. 987'953.- ausgeschöpft und so eine positive Zielabweichung von Fr. 61'947 erzielt. In den Bemerkungen werden höhere Staatsbeiträge von Fr. 74'000 genannt, welche zu diesem verbesserten Ergebnis führten.

Kennzahlen Seiten 108 und 109

Die durchschnittliche Heimaufenthaltsdauer der beiden Heime ist im Jahr 2005 gegenüber Vorgabe und Ist-Ergebnis 2004 nochmals gesunken.

Die Kennzahlen zum Stellenetat und zum Rechnungsabschluss (Defizite pro Tag/Bett) sind auf Seite 101 im Detail und näher beschrieben.

Bei den Ausbildungs- und Praktikumsplätzen sind für beide Heime 37 Plätze vorhanden. Beansprucht resp. besetzt wurden im Berichtsjahr deren 32. Von den 37 zur Verfügung stehenden Ausbildungsmöglichkeiten sind 27 im Pflegebereich und 10 im übrigen Bereich anzutreffen. Es sind dies Betriebspraktiker(in), Hauswirtschafter(in), Köche, KV-Angestellte.

Die Gründe der per Ende 2005 vorhandenen offenen Plätze liegen bei den Veränderungen auf der Ebene der Berufsbildungen im Pflegebereich, der Sanierungsplanung des Heimes im Grund und der Ausbildungsplätze, welche durch Pflegeschulen besetzt werden. Diese unterliegen Schwankungen.

Investitionsrechnung

Der Voranschlag von Fr. 870'000 wurde um Fr. 396'310 unterschritten und erreichte die Abrechnungssumme von Fr. 473'690. Die zeitliche Verzögerung bei der Planung Sanierung und Erweiterung im Grund und Minderkosten bei den Brandschutzmassnahmen im Dietenrain sind die wichtigsten Gründe dieser Minderbeanspruchung. Es handelt sich somit zumindest teilweise nur um eine Verschiebung ins Rechnungsjahr 2006.

Spital Uster

Beim Defizitbeitrag an das Spital Uster haben sich grössere Veränderungen ergeben. Diese haben das Rechnungsjahr der Stadt Uster massgeblich beeinflusst. Sie sind im Bericht zur Jahresrechnung 2005 auf Seite 11 von 19 detailliert aufgeführt. Die positive Abweichung gemäss diesem Bericht beträgt Fr. 1'846'361. Die Nettokosten für die Stadt Uster betragen somit rund Fr. 2,5 Mio. und sind, wie erwähnt, massgeblich tiefer als das Budget 2005 (Fr. 4'300'000.-).

Gründe für diese tieferen Kosten sind der Gewinn im Rechnungsjahr 2004 und die Umstellung der Rechnungslegung, was eine einmalige Rückerstattung von rund Fr. 1,37 Mio. einbrachte. Leider ist zu erwarten dass auch in Zukunft der unterschiedliche zeitliche Ablauf der Budgetierung Spital Uster und Stadt Uster zu Abweichungen führen wird.

Verabschiedung

Die Kommission „Soziales und Gesundheit“ hat an ihrer Sitzung vom 15.5. 2006 den NPM-Jahresbericht 2005 des genannten Geschäftsfeldes im Beisein von Stadträtin Esther Rickenbacher, Amtsvorsteher Ernst Brassel und Heimleiterin Marianne Dobler beraten und an einer weiteren Sitzung vom 29.5.2006 nochmals beraten. In der Schlussabstimmung wurden Bericht und nachstehende Variantenrechnungen mit 6:2 Stimmen angenommen.

Die Kommission KSG beantragt somit dem Gemeinderat Uster den NPM-Jahresbericht 2005 ebenfalls zu genehmigen und die nachstehenden Variantenrechnungen in Auftrag zu geben.

Variantenrechnung 1:

Die operative Einbindung der Spitex mit angrenzender Bereiche (Frauenverein) in die Organisation der Heime der Stadt Uster ist zu prüfen. Es sollen dabei in der Variantenrechnung Chancen und Risiken, Kosten und Nutzen einer solchen Einbindung analysiert werden. Bei dieser Ueberprüfung ist der Frauenverein, wo sinnvoll und notwendig, miteinzubeziehen.

Begründung:

Mit der räumlichen Einbindung des Spitex in die Anlage der Heime der Stadt Uster (Heime im Grund) ergeben sich automatisch Schnittstellen auf verschiedensten Ebenen.

Durch die Zusammenlegung der Backoffice-Bereiche, welche im Spitex wie in den Heimen die gleichen sind (Empfang, Administration, Personalwesen, Bildung, QM, Hygiene, etc.) können grosse Synergien genutzt werden.

Ab Budgetjahr 2007 übernehmen die Heime der Stadt Uster das gesamte Finanz- Rechnungs- und Lohnwesen sowie das Conrolling der Spitex als Auftragnehmer. Deshalb ist die vorerwähnte Variantenrechnung alleine schon aus diesem Aspekt sinnvoll, ja notwendig.

Etliche Gemeinden (u.a. Dübendorf, Bülach, Winterthur) haben die Spitexdienste bereits in die Heimorganisationsstrukturen integriert. Sie können erwiesenermassen Synergien nutzen und künftige Projekte bereits auf operationeller Ebene gut vernetzen.

So können zukunftsorientierte Massnahmen gemeinsam geplant und auch erfolgreich umgesetzt werden (z.B. Ueberbrückungspflege etc.)

Die Gemeinde Greifensee beabsichtigt, ihr neues Pflegezentrum unter eine einheitliche Organisationsstruktur zu stellen. Dafür hat sie einen Förderpreis von Fr. 40'000 erhalten.

Variantenrechnung 2:

Es ist zu prüfen, ob die Herstellung der Mahlzeiten (LG 3 Spitex Mahlzeitendienst) inkl. Vertrieb und Verteilung von den Heimen der Stadt Uster vollzogen werden kann.

Begründung:

Die Anzahl der verkauften Mahlzeiten ist rückläufig. Bei budgetierten Verkäufen von 8'000 Mahlzeiten für 2005 konnten nur deren 5'559 effektiv abgesetzt werden. Die Herstellung der Essen erfolgt durch eine externe Catering-Gesellschaft. Die Qualität der Mahlzeiten wird als „suboptimal“ bezeichnet.

Die Heimküchen sind für eine solche Mahlzeitenherstellung geradezu geeignet, müssen sie doch täglich für die Bewohner der Heime der Stadt Uster eine ausgewogene und qualitativ hochstehende Ernährung zubereiten.

Die Informationen über einen allfälligen Mittagstisch, eine Bewerbung des Mahlzeitendienstes, kann durch die zentrale Aufnahme- und Beratungsstelle der Heime Uster koordinierter vollzogen werden. Diese Stelle ist ja für 3 Kompetenzstufen zuständig:

- *die Zuteilung der Heimplätze (konkrete Heimeintritte)*
- *die Bekanntmachung von Angeboten im betreuten Wohnen*
- *die Beantwortung von Fragen zum Leben im Alter*

Bei einem jährlichen Verkauf von 5'600 Mahlzeiten ist mit einer entsprechenden Beratung und Bewerbung sicher noch grösseres Entwicklungspotenzial vorhanden.

Diese beiden Variantenrechnungen wurden von der Kommission KSG am 29.5.2006 wie folgt verabschiedet: Annahme mit 5:3 Stimmen.

Wermatswil, 21. Mai 2006

*Werner Egli
Gemeinderat*

Referent für die Kommission „Soziales und Gesundheit“ bezüglich dem GF „Betreutes Wohnen“

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Balthasar Thalmann zum Thema Variantenrechnungen.

Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende

Die Variantenrechnungen betreffend die Zusammenlegung von Spitex und den Heimen sowie die Organisation des Mahlzeitendienstes wird von der Rechnungsprüfungskommission mit je 4:3 Stimmen zur Ablehnung empfohlen.

Zur Variantenrechnung 1 «Zusammenlegung der Organisationen Spitex und Heime»:

Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission ist der Meinung, dass die Prüfung einer Zusammenlegung der Leistungsgruppen «Spitex» und «Heime der Stadt Uster» sowohl inhaltlich falsch ist wie auch zu einem verfrühten Zeitpunkt beantragt wird. Die Spitex und die Heime der Stadt Uster haben wesentlich unterschiedliche Kernaufgaben und sind daher bezüglich dem nötigen Fachwissen wie auch den Führungs- und Unternehmensphilosophien zwei völlig unterschiedliche Organisationen. Sollte demnach eine Variantenrechnung durchgeführt werden, welche ihren Namen auch tatsächlich verdient, so wäre mit Kosten von mehreren 10'000.- Franken zu rechnen. Die Prüfung einer Zusammenlegung der Organisationen wird auch aus ethischen Gründen abgelehnt. Dabei stehen bedenken im Vordergrund, dass bei einer Zusammenlegung die Zielsetzung der Spitex, älteren Menschen möglichst lange ein selbst bestimmtes Wohnen zu Hause zu ermöglichen, durch betriebliche Überlegungen der Heime untergraben werden könnten. Zudem wird das Nutzen von möglichen Synergien zwischen den beiden Organisationen bereits heute laufend geprüft. Nicht zuletzt deshalb wird mit der Sanierung des Heims «Im Grund» eine räumliche Annäherung und die teilweise gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen und Betriebsmitteln durch die beiden Organisationen angestrebt. Inwieweit aus operativer Sicht weitere Optimierungen möglich sind, kann sowieso erst dann richtig beurteilt werden, wenn das Sanierungsprojekt weiter fortgeschritten bzw. umgesetzt ist. Die Minderheit war der Ansicht, dass die Variantenrechnung geschaffen ist, solche Fragen der Optimierungen – nicht jedenfalls in grosser Tiefe – zu klären. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission ist jedoch der Meinung, dass der aus der Variantenrechnung zu erwartende Wissensgewinn und Nutzen in keiner Art und Weise die hohen Kosten für deren Erarbeitung gerechtfertigen würden. Sie empfiehlt die Variantenrechnung 1 zur Ablehnung.

Zur Variantenrechnung 2 betreffend Mahlzeitendienst:

Derzeit werden im Auftrag der Spitex jährlich rund 5'500 Mahlzeiten von einer privaten Catering-Firma hergestellt und von freiwilligen Helferinnen des Frauenvereins Uster gegen ein sehr bescheidene Entschädigung einmal pro Woche verteilt. Mit der beantragten Variantenrechnung sollen nun anderweitige Möglichkeiten für die Herstellung und den Vertrieb der Mahlzeiten geprüft werden. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission ist der Meinung, dass diese Variantenrechnung einerseits eine übliche Frage der operativen Tätigkeit anspricht und andererseits der heute gut funktionierende und kostengünstige Vertrieb gefährden würde. Wer, wo und in welcher Qualität die Mahlzeiten herstellt ist eine Frage der operativen Tätigkeit. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission ist überzeugt, dass bereits heute in betriebsüblichen Evaluationsverfahren die beste Organisation für die Mahlzeitenherstellung ausgewählt wird. Sofern die qualitativen und finanziellen Ansprüche erfüllt werden, ist es von sekundärer Bedeutung, ob diese Aufgabe nun Caterer A oder B oder die Heime der Stadt Uster übernehmen. Deutlich grössere Bedenken wurden bezüglich des Vertriebs geäussert. Nach Ansicht der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission würde bereits das Erarbeiten einer Variantenrechnung eine Geringschätzung der heute geleisteten Arbeit der freiwilligen Helferinnen des Frauenvereins bedeuten. Es sei unverständlich, dass heute bestens funktionierende Strukturen durch irgendwelche – hier jedenfalls unberechtigte – Hoffnungen auf Kosteneinsparungen ernsthaft gefährdet würden und einer Freiwilligenorganisation geradezu vor den Kopf gestossen würde. Von der Minderheit wurde argumentiert, dass schon heute mögliche Alternativen abzuklären seien, wenn der Frauenverein infolge Nachwuchsprobleme diese Aufgabe nicht mehr übernehmen könnte.

Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission empfiehlt aus den vorgenannten Gründen beide Variantenrechnungen zur Ablehnung.

Balthasar Thalmann

Daniel Hunziker nimmt namens der EVP-/GLP-Fraktion Stellung zu den Variantenrechnungen.

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und –kollegen

Die EVP/GLP-Fraktion nimmt zu den Anträgen wie folgt Stellung:

„Variantenrechnung 1: Einbindung der Spitex in Heime Uster“

Im vorliegenden Antrag geht es um die Prüfung einer einheitlichen Leitung der Leistungsgruppen Heime Uster und Spitex.

Durch die geplante räumliche Einbindung der Spitex in den Neubau bzw. Umbau der Heime im Grund, werden Backoffice-Bereiche (wie Empfang, Hygiene, Administration usw.) in denen eine Zusammenlegung sinnvoll ist (die Nutzung von Synergien bei gleich bleibender Qualität) auch ohne gemeinsame Leitung vollzogen werden.

Im Weiteren geht es bei der verlangten Variantenrechnung um das Budget 2007, die räumliche Einbindung findet jedoch erst auf 2009 statt. Auch mit dem Wissen der erst kürzlich vollzogenen Zusammenlegung der Heime Uster und den damit ausgelösten Unsicherheiten unter den Mitarbeitenden, ist eine neuerliche Erweiterung des Geschäftsfeldes aus heutiger Sicht abzulehnen. Zu einem späteren Zeitpunkt, kann eine solche Prüfung sinnvoll sein.

"Variantenrechnung 2: Mahlzeitendienst der Spitex, Herstellung und Verteilung durch Heime Uster"

Dieser Antrag verlangt die Prüfung, ob die Herstellung der Mahlzeiten inkl. Vertrieb und Verteilung von den Heimen der Stadt Uster vollzogen werden kann.

Für den Mahlzeitendienst besteht heute ein Leistungsauftrag mit dem Frauenverein Uster, welcher die Mahlzeiten einmal wöchentlich verteilt. Für die Herstellung der Mahlzeiten besteht zudem bis Ende 2007 ein Vertrag mit einem externen Catering Service. Nach Auskunft des Stadtrates wird der auslaufende Vertrag in Zusammenarbeit mit dem Frauenverein geprüft werden. Die folgenden Punkte veranschaulichen deutlich, dass eine aufgezwungene Prüfung von Seiten des Gemeinderates heute abzulehnen ist:

- 1. Bei der Herstellung der Mahlzeiten ist der Frauenverein nicht an eine bestimmte Firma gebunden. Der Frauenverein könnte also jederzeit andere Varianten (z.B. Herbestellung der Mahlzeiten durch die Heime der Stadt Uster) prüfen.*
- 2. Das Verteilen der Mahlzeiten erfolgt durch freiwillige Mitarbeiterinnen des Frauenvereins. Die Verteilung durch die Heime käme teurer zu stehen, da sie durch Personen im Anstellungsverhältnis erfolgen müsste.*
- 3. Wir schätzen die langjährige gute und wertvolle Arbeit des Frauenvereins Uster mit ca. 40 Teilzeit- und 200 freiwilligen Mitarbeiterinnen und wollen diese mit der vorliegenden Variantenrechnung nicht vor den Kopf stossen.*

Die EVP/GLP-Fraktion wird die beiden Variantenrechnungen ablehnen.

Daniel Hunziker / 19. Juni 2006

Lennie Grob ergreift namens der SP-Fraktion das Wort. Die SP-Fraktion werde die Anträge ablehnen. Zur Variantenrechnung grundsätzlich führt sie aus, dass dies ein gutes Instrument sei, es sollte aber nur dann eingesetzt werden, wenn es nötig sei, denn nicht zuletzt kostet es Geld, Variantenrechnungen anzustellen. Daher erstaune es, dass eine Variantenrechnung von der Seite in Auftrag gegeben werden möchte, die sonst auf's Geld schaut; dieses Geld sollte man aber besser sparen.

Marianne Siegrist nimmt namens der FDP-/CVP-Fraktion Stellung und führt aus, dass diese die Anträge unterstützen werde. Es mache Sinn, im Bezug auf die Variantenrechnung 1 auch die operationelle Zusammenlegung über die Leistungsziele sorgfältig zu prüfen. Sie erwarten eine approximative Rechnung ohne Expertise.

Variantenrechnung 1

Werner Egli ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass die Heime und die Spitex nicht unterschiedliche Kernaufgaben hätten, es gehe bei beiden um alte Menschen. Und zu den Kosten einer Variantenrechnung: Im Globalbudget 2006 sind 7'813'000 Franken eingestellt gewesen, 200'000 Franken sind in der Budgetdebatte noch reduziert worden und abgerechnet wurden jetzt 4'857'000 Franken. Im Sinne der Kostenoptimierung darf es auch mal etwas kosten.

Stadträtin Esther Rickenbacher nimmt Stellung zu den beantragten Variantenrechnungen. Sie stellt fest, dass es grundsätzlich in der Kompetenz des Stadtrates liegt, die Leistungsgruppen festzulegen. Die räumliche Zusammenlegung des Heimes Im Grund und der Spitex wird im Jahre 2009 abgeschlossen sein, zur Zeit ist alles in Planung. Synergien sollen genutzt werden wo es Sinn macht, aber nicht zu Lasten der Qualität. Es sei falsch, dass die Kernaufgaben bei allen LG im GF Betreutes Wohnen „alte Menschen“ seien. Gerade die Spitex betreut 30 – 40 % jüngere Menschen. Weiter seien es ganz unterschiedliche Führungsphilosophien in den zwei Bereichen; es stünden zwei kompetente Führungskräfte zur Verfügung. Ausserdem sei die Zusammenführung der Heime noch nicht abgeschlossen. Woher soll die Zeit für eine seriöse Variantenberechnung genommen werden. Sie wolle nicht einfach ein paar Zahlen zusammentragen, so Esther Rickenbacher, dies sei unseriös. Es handle sich doch um zwei Kernaufgaben, die miteinander verschmelzt werden sollen. Nicht zuletzt weist sie darauf hin, dass die Spitex Uster im kantonalen Mittel sehr kostengünstig dastehe.

Stefan Feldmann ergreift das Wort und weist darauf hin, dass das Instrument der Variantenrechnung grundsätzlich eine gute Sache sei, aber die Ausführungen von Stadträtin Esther Rickenbacher zeigten doch, dass sie hier nicht angezeigt sei. Eine approximative Rechnung ist Unsinn, sonst komme es so heraus, wie beim Thema Sponsoringkonzept im GF Sport. Es heisse ja schliesslich nicht Variantenschätzung. Die Variante 1 könne man ja noch hingehen lassen aber die Variante 2 falle eindeutig in den operativen Bereich.

Werner Egli lässt das Argument gelten von Stadträtin Esther Rickenbacher betreffend Kernaufgaben. Und trotzdem: verschiedene Gemeinden hätten die Bereiche zusammengeführt und mit Erfolg. Zu den Kosten meint er, die Zusammenführung der Heime hätten eine grosse Kosteneinsparung gebracht, also sei auf Geld vorhanden für eine solche Variantenrechnung. Es gibt sicherlich personelle Ressourcen, welche dies machen könnten.

Marianne Siegrist möchte Klärung betreffend Zeithorizont in der Variantenrechnung 1. Wenn dies jetzt verlangt werde, seien die FDP-/CVP-Fraktion auch nicht dafür.

Elsbeth Hürlimann nimmt als KSG-Präsidentin Stellung: Die Variantenrechnung 1 soll auf den nächsten Budgetprozess hin (2007) erstellt werden.

Werner Egli widerspricht, dass nicht die Einführung auf 2007 hin gemeint sei, aber jetzt das Thema aufgenommen werde.

Stefan Feldmann wirft ein, dass das Votum von Werner Egli jetzt keine Bedeutung habe, da die Präsidentin der KSG die Sachlage geklärt habe.

Variantenrechnung 2

Reto Dettli fordert hiermit den Vorsitzenden auf, das Instrument der Variantenrechnung zu operationalisieren und in die Geschäftsordnung zu integrieren. Weiter führt er aus, dass man es vermeiden sollte, den Frauenverein vor den Kopf zu stossen.

Elsbeth Hürlimann informiert die Anwesenden darüber, dass sie sich kündigt gemacht habe bei Betroffenen und deren Erfahrungen mit dem Mahlzeitendienst. Das Essen sei her schlecht beurteilt worden. Es gehe auch nicht um eine Geringschätzung der Arbeit des Frauenvereins, sondern um die Qualität des Essens.

Daniel Hunziker stellt fest, es gehe auch um die Verteilung. Die Qualität des Essens falle in den operativen Bereich. Der Vertrag mit dem Frauenverein läuft am 31.12.2007 aus, gemäss Ausführungen von Stadträtin Esther Rickenbacher in der KSG werde dann eh die Sachlage überprüft.

Stadträtin Esther Rickenbacher sagt, dass das Essen bedarfsorientiert eingekauft und verteilt werde, es sei nicht das Ziel, mehr Mahlzeiten zu verteilen. Pro Essen legt die Stadt 2 Franken drauf, das Defizit wird m.a.W. pro Mahlzeit grösser. Der Vertrieb täglich zu bewerkstelligen ist – wie schon in der KSG diskutiert – finanziell nicht tragbar. Aus ihrer Sicht ist der 1. Januar 2008 der frühestmögliche Termin, um das Thema anzugehen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über die Variantenrechnungen

Variantenrechnung 1

Der Gemeinderat beschliesst mit 17 : 15 Stimmen

die Variantenrechnung 1 anzunehmen.

Variantenrechnung 2

Der Gemeinderat beschliesst mit 13 : 15 Stimmen

die Variantenrechnung 2 abzulehnen.

GF Gesundheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert Tobias Deininger.

Am 18 Mai wurde die Subkommissionssitzung mit Esther Rickenbacher und Ernst Brassel durchgeführt. Während dieser Sitzung konnten Unklarheiten und Fragen bereinigt und beantwortet werden. Beide Gemeinderäte waren neu in dieser Subkommission.

Gesamteindruck (NPM – Jahresbericht S.110, 114,115) :

Gesamthaft weist das Geschäftsfeld "Gesundheit" keine markanten Abweichungen auf. Im Rahmen der finanziellen Vorgaben, wie auch im Rahmen der aufgeführten Ziele des Geschäftsfeldes.

Zu erwähnen wäre, dass für die Sammelstelle an der Wilstrasse/Seestrasse zur Zeit immer noch einen Alternativstandort gesucht wird, der sich wahrscheinlich beim früheren Zellwegerareal befinden wird.

Die Abweichung des effektiven Gesamtaufwandes zum Voranschlag des Geschäftsfeldes "Gesundheit" beträgt -3%, was an sich positiv ist. Wobei man darauf achten sollte, dass sich diese Abweichung vom Ist- zum Sollwert nicht vergrössert.

LG 1 – Abfall- und Umwelt (NPM – Jahresbericht S.111, 112)

Die Wirkungs- und Leistungsziele dieser Leistungsgruppe wurden in den meisten Bereichen weitgehend erreicht. Eine kleine Abweichung entstand bei der illegalen Kehrichtablagerung in Tonnen, mit der Soll-Vorgabe von <30, diese aber mit 30.68 abgeschlossen wurde.

Als eigentlich erfreulich bewerten wir, dass in der verzinsten Spezialrechnung Abfallbewirtschaftung Fr. 60'116 in den Fonds eingelagert werden konnte, und nicht wie nach VA Fr. 175'400 entnommen werden musste. Wichtig wäre hier zu erwähnen, dass die Überschüsse in den Spezialfonds abgebaut werden sollten. Die Investitionen konnten nicht wie vorgesehen ausgeführt werden. Es ist vorgesehen, die Sammelstelle aus Immissionsgründen vertieft anzulegen, was höhere Kosten zur Folge haben wird.

Sofern die Entwicklung der Fondsrechnung weiter anhält, muss die Grundgebühren-verordnung überprüft werden.

Im Jahre 2005 wurde eine so genannte Aktion "Wahre Werte" erfolgreich durchgeführt, mit dieser man mit Hilfe von Vereinen und Schulen öffentliche Plätze säuberte, und Passanten mit dem Thema Littering konfrontierte.

Für das Jahr 2006 ist im Mai wiederum ein identischer Aktionstag geplant, mit dem man vorwiegend die Zielgruppe Migranten und Migrantinnen ansprechen möchte, da diese das Abfallsystem oft nicht kennen.

LG 2 – Lebensmittelkontrolle (NPM – Jahresbericht S. 112, 113)

Hier wurden sämtliche Leistungsziele erfolgreich erfüllt.

Die Anzahl der Betriebe mit der Benotung 3 und 4 (Lebensmittelsicherheit erheblich gefährdet), betrug im Jahre 2004 "10". Nun konnte der Istwert auf "7" Betriebe reduziert werden.

Im Sommer 2006 wird von Seite des Geschäftsfeldes Gesundheit eine Vorlage bezüglich einer wöchentlichen Grünabfuhr eingereicht werden. Diese Grünabfuhr ist für das so genannte Grüngut gedacht. Es wird darauf geachtet, dass die Gebühren für diese Grünabfuhr tiefer liegen als die herkömmlichen Gebühren für den Kehricht.

Wir danken den Zuständigen in der verantwortungsvollen Ausführung ihrer Arbeit.

GF Sport

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Claudia Geisenberger.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Am 19. Mai 2006 haben Frau Ester Rickenbacher, Herr Robert Alge, Herr Peter Crestani, Herr Ernst Brassel und ich den NPM-Jahresbericht 2005 Geschäftsfeld Sport besprochen.

Allgemein kann gesagt werden, dass die Finanzen, abgesehen von den Sponsoringbeiträgen, relativ ausgewogen sind, ähnlich dem Vorjahr.

Sponsoring: Im Jahr 2005 konnten noch keine Sponsoring-Beiträge erreicht werden. Es wurde Wert darauf gelegt, zuerst ein Sponsoring-Konzept zu erarbeiten. Dies wird nun Ende Juni 2006 fertig sein und darin werden konkrete Strategien dargelegt.

Bisher bestand das Hauptproblem in den personellen Ressourcen. Im Geschäftsfeld Sport fand eine Reorganisation statt, doch nun bleibt neu mehr Zeit für die Rekrutierung von Sponsoren.

Bis Ende Jahr 2006 sollten folglich erste Sponsorengelder vorzuweisen sein.

Bäder: Die Anzahl der Bäderbesuche war 2005 tiefer als erwartet. Der Grund liegt darin, dass Bäderbesuche stark wetterabhängig sind. Die Personalkosten der Bäder fallen jedoch gleich hoch aus, da die Infrastruktur so oder so geliefert werden muss. Grundsätzlich ging man wieder dazu über, Angestellte eher festangestellt zu beschäftigen. Im Jahr 2005 mussten nichtbudgetierte Abend- und Wochenendzulagen nachbezahlt werden, was die Lohnkosten erhöhte. Die Lohnkosten sollten 2006 besser ausfallen.

Das Seebad erfährt dieses Jahr eine grosse Attraktivitätssteigerung durch das neue Kleinkinderbad, dessen Eröffnung voraussichtlich im August sein wird. Eventuell werden dadurch ein wenig höhere Kosten entstehen, dagegen steht die erwähnte Attraktivitätssteigerung.

Zur Zeit geht es darum, das Dorfbad hervorzuheben. Im Dorfbad sind in diesem Sommer für Kleinkinder verschiedene Attraktivitäten geplant.

Besucher Stadion Buchholz: Die Besucherzahlen fielen sowohl bei den organisierten als auch bei den nichtorganisierten Sportlern höher aus als erwartet.

Trendsportplatz: Positives gibt es vom Trendsportplatz zu berichten. es gibt dort kein Abfallproblem, die Polizei war noch nicht notwendig, und es gingen keine Reklamationen ein. Es kann davon ausgegangen werden, dass die soziale Überwachung vorhanden ist. Zudem gibt es Initiativen von Einzelnen für einen kostengünstigen Weiterausbau.

Kunstfeldrasen: Das Dossier Kunstfeldrasen ist in Bearbeitung.

Das Globalbudget im GF Sport betrug CHF 2'048'600.- und wurde um CHF 192'720.- überschritten, was 9.4% entspricht. Die Gründe sind auf Seite 121 aufgeführt. (Immer noch keine Einnahmen aus Sponsoring, wenig Erlöse aus Kiosk-Verkäufen, nicht budgetierte Abend- und Wochenendzulagen und vermehrter Bedarf an Teilzeitangestellten aufgrund Ausfall Mitarbeiter im Hallenbad.)

Bei der Investitionsrechnung waren CHF 1'150'00.- eingestellt, investiert wurden lediglich CHF 320'060.- (Kleinkinderbereich im Seebad wird erst jetzt umgebaut. Parkplatzerweiterung wird erst ausgeführt, wenn zwingend nötig.)

Die von Robert Alge, im Auftrag der Rechnungsprüfungskommission, kontrollierten Belege waren vorhanden und mehrheitlich korrekt kontiert. Es fallen aber immer noch zu viele Belege an, welche der falschen Leistungsgruppe zugeordnet werden.

Die KBK hat die Abnahme der Jahresrechnung 2005 am 29. Mai 2006 einstimmig bestätigt und die RPK hat am 12. Juni 2006 der Abnahme der Jahresrechnung 2005 des NPM Geschäftsfeldes mit 7:0 Stimmen zugestimmt.

Die KBK beantragt, die Jahresrechnung 2005 des Geschäftsfeldes Sport zu genehmigen.

Claudia Geisenberger

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmungen:

a) **Antrag Nr. 302**

Der Gemeinderat beschliesst mit 32 : 0 Stimmen

die Jahresrechnung und Investitionsrechnung 2005 der Stadt Uster zu genehmigen.

b) **Antrag Nr. 306**

Der Gemeinderat beschliesst mit 32 : 0 Stimmen

den Geschäftsbericht 2005 der Stadt Uster zu genehmigen.

c) **Antrag Nr. 307**

Der Gemeinderat beschliesst mit 32 : 0 Stimmen

die NPM-Jahresberichte 2005 der Stadt Uster zu genehmigen.

**6 Antrag des Stadtrates betreffend NPM Jahresberichte 2005
(Antrag Nr. 307)**

Die entsprechenden Voten und Abstimmungen wurden zusammen mit dem Antrag Nr. 302 (Jahresrechnung/Jahresbericht) abgegeben.

**7 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsbericht 2005
(Antrag Nr. 306)**

Die entsprechenden Voten und Abstimmungen wurden zusammen mit dem Antrag Nr. 302 (Jahresrechnung/Jahresbericht) abgegeben.

8 Antrag des Stadtrates betreffend Industriestrasse, Fussgängerschutz und Sanierung, Bauprojekt, Weisung an Gemeinderat (Antrag Nr. 310)

Für die Kommission Planung und Bau referiert Christian Keller.

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Vor knapp einem Jahr wurde der Antrag des Stadtrates Nr. 259/2005 betreffend Fussgängerschutz Industrie- / Dammstrasse durch den Gemeinderat zurückgewiesen. Hauptkritikpunkte waren die vorgesehenen Baumassnahmen an der Dammstrasse, insbesondere der Linksabbieger in die Industriestrasse aber auch die Verengungen, die zu einer Einschränkung der Kapazität der Dammstrasse geführt hätten. Weiter wurde auch die kostenmässig aufwändige Sanierung der Industriestrasse kritisiert. Der Stadtrat nahm diese Kritikpunkte auf und liess ein reduziertes Projekt ausarbeiten. Dieses liegt nun als Vorlage 310/2006 vor.

An der Sitzung vom 16.05.2006 wurde die KPB durch Stadtrat Thomas Kübler und Stadtingenieur Ruedi Fässler über das überarbeitete Projekt und die neue Vorlage informiert.

Die neue Vorlage umfasst neu nur noch die Sanierung und den Fussgängerschutz in der Industriestrasse. Die Baumassnahmen an der Dammstrasse wurden ganz aus der Vorlage gestrichen. Der Stadtrat wird ein reduziertes Dammstrassen-Projekt, ohne Linksabbiegespur und ohne Verengungen, in eigener Kompetenz realisieren.

Das Projekt Industriestrasse sieht vor, für CHF 1.033 Mio. die Fahrbahn zu sanieren und den Fussgängerschutz sicher zu stellen. Auslöser für das Projekt bleibt die Erschliessungspflicht der Stadt Uster dem Eigentümer der neu überbauten, südlich gelegenen Grundstücke gegenüber.

In der Kommission wird bedauert, dass das Einsparungspotential gegenüber der ersten Vorlage, was die Industriestrasse betrifft, nicht grösser ist. Während der Kostenvoranschlag für den Teil Industriestrasse vor einem Jahr noch rund CHF 1.1 Mio. betrug, weist die neue Vorlage, wie bereits erwähnt, Kosten von CHF 1.033 Mio. aus. Dieser Brutto-Betrag wird sich voraussichtlich um Anstösserbeiträge von ca. CHF 337'500.— reduzieren.

Die Kostenreduktion gegenüber der letzten Vorlage resultiert aus einer Reduktion der Baumgruben und weiteren, kleineren Projektoptimierungen. Nach Aussage des Stadtrates sind damit alle realisierbaren Einsparpotentiale ausgeschöpft.

Wesentliche, grosse Positionen, wie etwa der Landerwerb, sind nach Rückfrage bei der Verwaltung de facto nicht beeinflussbar.

Für den Erwerb von 430 m² Land à CHF 600.—/m² vom Grundeigentümer besteht ein beurkundeter Vertrag, der nach der Kreditgenehmigung vollzogen wird.

Der Querschnitt der neu gestalteten Industriestrasse ist gegenüber der ersten Vorlage unverändert. Eine Reduktion der Querschnittsbreiten ist nach Auskunft von Herrn Fässler technisch nicht möglich, ohne Reduktion der vorgesehenen Nutzungen rollender Verkehr, Parkierung und Fussgängerverkehr. Würde vom jetzigen Normalprofil, das Fahrbahn, Parkierung und Fussgänger auf einer Ebene vorsieht, abgewichen, würde dies zu einer konventionellen Fahrbahn-Gehweg-Lösung führen. Dies wiederum hätte zur Folge, dass auf die Erstellung von Parkplätzen und Baumgruben verzichtet werden müsste und die Strasse als lange, gerade Strecke, nicht mehr dem gewünschten Erscheinungsbild entsprechen würde. Das jetzt vorgesehene Profil entspricht einem Ausbaustandard für Tempo 30 Strassenabschnitte.

Im Verlauf der Diskussion wird die Kommission weiter darüber informiert, dass im Einmündungsbereich der Falmenstrasse das Gebäude Assek. 1872 demnächst abgebrochen werden soll und die dadurch gewonnene Fläche für eine Platzgestaltung genutzt werden soll.

Als bemerkenswert wurde weiter zur Kenntnis genommen, dass die Industriestrasse trotz der hohen Kosten keinen neuen Kieskoffer erhält. Abklärungen im Verlauf der Projektierung hätten ergeben, dass dies nicht notwendig sei.

Auch im neuen Projekt ist parallel zum nördlichen Strassenrand ein Natursteinband vorgesehen, um den Verkehr, zur Erhöhung der Sicherheit, vom Fahrbahnrand weg, auf die Fahrbahnmitte hin zu

lenken. Dieses Band besteht, im Gegensatz zu anderen Objekten, wo dies bereits realisiert wurde, aus Natursteinplatten und nicht aus quadratischen Pflastersteinen. Dadurch soll das Befahren nicht mehr Lärm verursachen, als ein normaler Teerbelag.

In der Abstimmung sprach sich die Kommission mit 8:1 Stimmen für die Vorlage aus.

*Kommission Planung und Bau
Christian Keller
Uster, 17.06.2006*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Balthasar Thalmann.

Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende

Die Vorlage 310/2006 betreffend Fussgängerschutz und Sanierung Industriestrasse zwecks Erschliessung der Überbauung «Am Bahnhof» wird von der Rechnungsprüfungskommission mit 8:1 Stimmen zur Annahme empfohlen.

Ein wesentlicher Grund, weshalb die ursprüngliche, also die erste zu diesem Thema vorgelegte Vorlage vom Gemeinderat zurückgewiesen wurde, waren die als zu hoch eingestufteten Kosten. Dem Gemeinderat wird nun ein Projekt mit Gesamtkosten von rund 1 Mio. vorgelegt. Dabei ist zu beachten, dass im Vergleich zur ursprünglichen Vorlage nur noch die Industriestrasse Gegenstand ist. Für das Projekt Fussgängerschutz an der Dammstrasse – welches Teil der ersten Vorlagen war – konnten die Kosten durch den Verzicht einer separaten Linksabbiegerspur so stark reduziert werden, dass der Projektkredit nun in die Kompetenz des Stadtrates fällt.

Durch Optimierungsmassnahmen wurden am Objekt Industriestrasse Kosteneinsparungen von Fr. 80'000.-, d.h. von 7% erzielt. Das Ziel der Rückweisung der ersten Vorlage durch den Gemeinderat wurde nach Ansicht einer Mehrheit der RPK nicht erreicht. Jedoch musste zur Kenntnis genommen werden, dass – vorausgesetzt die Zielsetzungen des Projekt «Sanierung», «wirksamer Fussgängerschutz» und «minimale städtebauliche Qualität» werden erfüllt – keine Kürzungsmöglichkeiten mehr möglich sind. Verschiedene Ideen wie beispielsweise Verzicht auf Bäume, andere Beläge etc. mussten jedoch auch in der RPK verworfen werden.

Eine Mehrheit der RPK ist auch der Ansicht, dass die dringend notwendige Sanierung der Industriestrasse nicht noch weiter hinausgezögert werden soll. Zudem sei zu beachten, dass 60% der Kosten für den Fussgängerschutz von den Anstössern übernommen werden; umsomehr habe das Projekt auch den Ansprüchen an die Schutzwirkung und die Ästhetik zu genügen. Die Kosten für die bauliche Sanierung der Industriestrasse, welche rund 50% der gesamten Baukosten ausmachen, sind grösstenteils durch technische Umstände gegeben.

Eine grosse Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission ist der Meinung, dass das vorgelegte Bauprojekt zweckmässig, aber auch keine Rolls-Royce-Variante ist. Sie empfiehlt deshalb dem Gemeinderat, dem Antrag des Stadtrates stattzugeben.

Balthasar Thalmann

Für die SVP-/EDU-Fraktion referiert Hannes Rohner: „Nach der vor einem Jahr erfolgten Rückweisung des 1. Projektes durch unseren Rat und einer erhofften bedeutenden Kosteneinsparung sind wir schon ein wenig enttäuscht, dass das Ganze immer noch über 900'000 Franken kosten soll! Die Minderkosten von 80'000 Franken sind ein kleines Trösterli. Wir sind jedoch zufrieden darüber, dass 3 x 3 Parkplätze für Besucher beidseits der Strasse aber auch für Zügelautos oder Anlieferungen vorgesehen wurden. Bleibt zu hoffen, dass die Plätze in Bahnhofnähe nicht für Park-and-Ride missbraucht werden. 3 Bäume und die Kandelaber im Strassenbereich können zur Auflockerung des Strassenbildes und zur Verlangsamung des Verkehrs beitragen. Soweit so gut! Aber weil das Strassenstück von 200 Metern immer noch so viel kostet, werden sich einige Fraktionsmitglieder der Stimme enthalten oder dagegen stimmen. Wir hoffen auch, dass der bestehende Strassenkoffer bei

der Sanierung keine unliebsamen Überraschungen bringen wird und die obigen Minderkosten wieder aufgefressen werden. Ich habe geschlossen.“

Für die Grünen referiert Simone Michel. Sie führt aus, dass die Grünen grundsätzlich den Antrag unterstützen würden. Sie regt an, dass in einem späteren Projekt vermehrt darauf geachtet werde, dass möglichst viel Regenwasser versickern könne; dies im Hinblick darauf, dass die Kläranlage jetzt schon am Anschlag stehe.

Für die FDP-/CVP-Fraktion referiert Christian Keller.

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Mit diesem Votum nehme ich im Namen der FDP/CVP Fraktion zur Vorlage Stellung.

In meinem vorangehenden Bericht der Kommission Planung und Bau habe ich alle wesentlichen Fakten zur Vorlage bereits aufgeführt. Ich verzichte darauf, diese hier zu wiederholen und halte mich kurz.

Die durch uns im Zusammenhang mit der Rückweisung des ersten Projektes im letzten Sommer aufgestellten Forderungen, wurden durch Stadtrat und Verwaltung aufgenommen und weitgehend umgesetzt. Dies führte zu einem gegenüber der letzten Vorlage inhaltlich und kostenmässig deutlich reduzierten Projekt, insbesondere was den Projektteil Dammstrasse betrifft.

Im Projektteil Industriestrasse, der hier zur Diskussion steht, wurden die Anregungen ebenfalls aufgenommen. Dies führte zu einer Vergrößerung der Anzahl Parkplätze und zu verschiedenen kleineren Projektanpassungen. Auch wenn unsere Erwartungen an die Kostenreduktion in der neuen Vorlage nicht ganz erfüllt werden konnten, werden wir die Vorlage im Sinne eines Kompromisses mittragen und werden ihr zustimmen.

FDP-Fraktion, Christian Keller

Uster, 17.06.2006

Für die EVP-/GLP-Fraktion referiert Walter Meier.

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Die EVP/GLP-Fraktion nimmt zur Vorlage wie folgt Stellung:

- *Die Industriestrasse ist sanierungsbedürftig. Wir gehen davon aus, dass die etwas abgespeckte Vorlage in dieser Form Gnade beim Gemeinderat findet und die Arbeiten möglichst schnell in Angriff genommen werden können.*
- *Der Fussgängerschutz im heutigen Zustand ist heute aus unserer Sicht unbefriedigend, ebenso die Einmündung der Industriestrasse in die Falmenstrasse. Beidem wird mit dem vorliegenden Antrag Rechnung getragen.*
- *Es freut uns, dass die Sanierung so geplant wird, dass Tempo 30 ohne grosse weitere Investitionen umgesetzt werden könnte, falls dies das Volk will.*
- *Etwas schade finden wir, dass aufgrund der Debatte vor rund einem Jahr die Anzahl Bäume von 15 auf 6 reduziert wurde. Die Kompensation dafür– 6 Parkplätze mehr – ist für uns nicht wirklich eine Alternative.*

- *Ebenso sind wir nicht begeistert, dass für den Landerwerb rund ¼ der Gesamtkosten aufgewendet werden müssen. Da der Landerwerb jedoch im Zusammenhang mit der Baubewilligung für die „Überbauung am Bahnhof“ zwischen Stadtrat und Leopold Bachmann vertraglich geregelt wurde, hat der Gemeinderat dazu kopfnickend zu schweigen.*

Die EVP/GLP-Fraktion wird der Vorlage mit mässiger Freude zustimmen.

Walter Meier / 15. Juni 2006

Stadtrat Thomas Kübler stellt klar, dass der Vertrag zwischen dem Stadtrat und Leopold Bachmann noch nicht rechtskräftig sei.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 25 : 6 Stimmen

- 1. Für den Fussgängerschutz und die Sanierung Industrietrasse zur Erschliessung der Überbauung «Am Bahnhof» wird ein Kredit von Fr. 1'033'000.— bewilligt.**
- 2. Der Kredit ändert sich um den Betrag einer Änderung des Baukostenindexes zwischen dem Zeitpunkt der Kostenberechnung (Februar 2006) und dem Zeitpunkt der Bauausführung sowie um den Betrag der aufgelaufenen Bauzinsen.**
- 3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

9 Antrag des Stadtrates betreffend Privater Gestaltungsplan «Kunz Baumschulen AG, Uster» Weisung an den Gemeinderat (Antrag Nr. 292)

Stefan Feldmann stellt einen

Ordnungsantrag: „Hiermit beantrage ich den Abbruch der Sitzung. Nach einer vierstündigen Sitzung und in Anbetracht der herrschenden Temperaturen steht nun doch noch ein wichtiges Geschäft auf dem Programm, das zu diskutieren gibt und ich bitte, dieses auf die nächste Sitzung zurückzustellen.“

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

Mit 10 : 16 Stimmen

den Ordnungsantrag abzulehnen. Die Sitzung wird fortgeführt.

Für die Kommission Planung und Bau referiert Patricia Bernet.

***Privater Gestaltungsplan Kunz Baumschule AG, Uster
Antrag des Stadtrates Nr.. 292/ 2006***

Die Kommission Planung und Bau (von der letzten Legislatur) hat sich vor Ort ein Bild der Anlage machen können). An den Kommissionsitzungen vom 13. März und 15. Mai 2006 haben Stadtrat Rolf Aepli, bzw. Thomas Kübler, Stadtplaner Ulmann und Abteilungsleiter Fässler den privaten Gestaltungsplan vorgestellt und unsere Fragen beantwortet.

Der Gestaltungsplan dient als planungsrechtliche Grundlage für die Weiterentwicklung des Areals. Es sollen insbesondere folgende Bereiche verändert werden:

- *Die bestehende Kompostanlage soll vergrössert werden.*
- *Und die Betriebsgebäude sollen ausgebaut werden können.*

Ich möchte Ihnen zuerst die Anlage und Situation beschreiben:

- *Die Erschliessung erfolgt heute über die Schattenackerstrasse, die auch ein Fuss- und Radweg ist.*
- *Wird die Kompostanlage vergrössert und ein Verkaufsladen gebaut, müssen 55 Parkplätze erstellt werden. Die Erschliessung erfolgt dann über die Winterthurerstrasse. Der Ausbau der Strasse, sowie ein allfälliger Linksabbieger auf der Winterthurerstrasse muss von der Kunz Baumschule getragen werden. Die Strasse bleibt aber im Besitz der Stadt Uster. Bei einem Ausbau muss die Kunz Baumschule AG Land abtreten. Die Zufahrt von der Gschwaderstrasse wäre neu nur noch für den landschaftlichen Verkehr und nicht motorisierte Fahrzeuge zugänglich.*
- *Es werden keine grossen Geruchsemissionen durch den Kompost entstehen, weil es sich um Gartenabraum (und keine Küchenabfälle) handelt. Für die Kompostieranlage ist ausserdem der Kanton zuständig.*
- *Das Areal soll nicht weiter abgegrenzt werden als es bisher schon durch gewisse Zäune worden ist. Es soll auch weiterhin als parkartige Erholungsanlage für die Bevölkerung dienen.*

Im Rahmen des Landschaftsentwicklungskonzeptes ist ein Siedlungsrandweg markiert worden, der auch durch die Baumschule führt.

- *Zur Zeit werden nur eigene Pflanzen verkauft. Ein weiterer Ausbau des Verkauf (z.B. auch von importierten Pflanzen) ist denkbar und wahrscheinlich. Der Gestaltungsplan ermöglicht einen Ausbau des Handels.*
- *Mit dem Gestaltungsplan wird wahrscheinlich kein Präjudiz geschaffen, weil kein ähnliches Projekt vorhanden ist. Der Druck auf den Landschaftsraum wird aber weiter stark zunehmen.*

In der Sitzung vom 15. Mai wurden ausserdem folgendes diskutiert:

Es erfolgen zwei Präzisierungen zu den Vorschriften zum privaten Gestaltungsplan „Kunz Baumschulen AG, Uster“

Unter Punkt 13.1. heisst es neu: Die ERSCHLIESSUNG der Baumschule erfolgt neu (statt die Haupteinschliessung) ... über die Schattenackerstrasse

Unter Punkt 13.3. heisst es neu: Die Stattenackerstrasse bleibt als kommunaler Fuss- und Radweg IM EIGENTUM DER STADT USTER bestehen.

Der unter Punkt 5.1. aufgeführte DETAILVERKAUF führte zu Diskussionen.

- *Eine Baumschule ist in der Landwirtschaftszone zonenkonform gemäss Art. 22 RPG.*
- *Durch den Detailhandel wird die Landwirtschaftszone als „billige Gewerbe- und Handelszone“ umfunktioniert. Der Betrieb konkurrenziert so Betriebe in der Stadt, die auf teurem Boden arbeiten müssen.*
- *Der Ausbau zu einem regionalen Gartenbauzentrum wird nicht erwünscht. Deshalb sollte der Detailhandel anders formuliert, bzw. eingeschränkt werden.*
- *Einem Handel mit eingekauften Pflanzen steht nichts entgegen. Weitere Produkte sollten aber nur begrenzt verkauft werden dürfen.*
- *Mit ca. 30 Kundenparkplätzen (total 55 P) werden wahrscheinlich ca. 200 – 300 Kunden pro Tag erwartet.*

Als Gegenargumente wurde aufgeführt:

- *Eine Kontrolle, was und wie viel von welchen Produkten verkauft wird, ist nicht möglich.*
- *Der Betrieb besteht schon lange. Eine Weiterentwicklung soll deshalb nicht behindert werden. Der Stadtrat hat die Entwicklung des Betriebes hoch gewichtet.*
- *Es liegt ein Umweltverträglichkeitsbericht vor, die Situation ist geprüft worden.*
- *Es sind bereits viele Verhandlungen mit der Kunz Baumschule AG geführt worden, so dass ein guter Gestaltungsplan erarbeitet werden ist. Zusätzliche Forderungen könnten kontraproduktiv sein.*
- *Die Parkplatzzahl ist auf 75 reduziert worden.*

Die KPB hat abgestimmt, ob der Gestaltungsplan Art. 5.1. betreffend Detailhandel angepasst werden soll. Die KPB hat mit 5:4 dagegen entschieden.

Die KPB überweist den privaten Gestaltungsplan „Kunz Baumschulen AG“ mit 6:3 an den Gemeinderat.

Für die EVP-/GLP-Fraktion referiert Benno Scherrer Moser.

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Die GLP/EVP-Fraktion wird dem Gestaltungsplan zustimmen, auch wenn wir in einem Punkt eine ökologisch und wirtschaftlich mehr in die Zukunft gerichtete Bestimmung vermissen.

In Artikel 6 der Vorschriften bezüglich Kompostierung wird eine Vergärungsanlage, mit welcher aus Ustermer Garten- und Küchenabfällen Treibstoff hätte hergestellt werden können, explizit ausgeschlossen.

Wenn die Grüngutabfuhr kommt, hätten diese Abfälle hier in Uster – und nicht in Volketswil oder Oetwil – zu Biogas umgewandelt – und (lassen sie mich eine Vision skizzieren) die neuen Fahrzeuge der Leistungsgruppe Abfall und Umwelt, des Geschäftsfeldes Infrastrukturbau und Unterhalt und auch der Energie Uster AG CO2 neutral betreiben können.

Dass eine solche - weitgehend immissionsfreie - Anlage unmöglich ist, ist eine verpasste Chance.

Immerhin ist vorgesehen, dass für die Beheizung der neu zu erstellenden Gewächshäuser eine kompakte Energiegewinnungsanlage realisiert werden wird. Damit wird ein Kreislauf sinnvoll geschlossen.

Benno Scherrer 18. Juni 2006

Für die SP-Fraktion referiert Marc Meyer.

Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Sie werden vielleicht überrascht sein, aber es ist so: Die SP Fraktion lehnt den privaten Gestaltungsplan der Kunz Baumschulen ab.

Wir haben uns diesen Entscheid nicht leicht gemacht. Es gibt einige und gute Gründe, die für eine Annahme des Gestaltungsplanes sprechen würden: z. Bsp. die mustergültigen Wasser- und Kompost/Erdekreisläufe, es handelt sich hier um einen guten Arbeitgeber mit Ausbildungsplätzen, ja, es gibt sogar ein gutes Projekt für den vorgesehenen Ausbau, welches intelligent auf die örtlichen Begebenheiten reagiert.

Aber – und hier beginnen unsere Einwände – um was geht es hier eigentlich. Zurzeit betreibt die Firma Kunz eine Baumschule, dh. es werden Jungbäume aufgezogen und vor allem an Gartenbaubetriebe verkauft. Dazu braucht es in erster Linie Land, viel Land, dazu ein Werkstattgebäude, idealerweise eine Kompostieranlage und ein Verkaufsbüro.

Das alles gibt es bis jetzt und gegen das haben wir selbstverständlich auch überhaupt nicht einzuwenden. Auch wenn – aufgepasst – das ganze sich in der Landwirtschaftszone befindet. Doch irgendwie finden wir (und auch der Gesetzgeber) eine Baumschule ist mit einem Bauernhof vergleichbar. Auf dem Land wird etwas produziert und verkauft. So weit so gut.

Doch jetzt soll die Baumschule – wie sagt man heute so schön – diversifiziert werden; dh. in Zukunft sollen hier nicht nur einheimische Gehölze verkauft werden, sondern auch Oliven- und Feigenbäume, Tontöpfe und vielleicht auch Werkzeuge, Rasenmäher und Gartenzwerge - und das ganze nicht nur an Gartenbaubetriebe sondern auch an Private. Und dazu braucht es jetzt eben heizbare Gewächshäuser, ein schönes, grosses Verkaufsgebäude und genügend Kundenparkplätze.

Und so etwas – geschätzte Kolleginnen und Kollegen – geht hier in der Landwirtschaftszone eben nicht mehr. Dafür gibt es Industrie- und Gewerbezon.

Uster ist zu recht stolz, auf seine umsichtige Planungspolitik. Etwas vom wichtigsten ist dabei die klare Abgrenzung des Siedlungsgebietes vom übrigen Gemeindegebiet. Und das gilt es zu bewahren.

Mit unserem negativen Entscheid zum Gestaltungsplan Kunz ist es jetzt natürlich ein Einfaches uns als Wirtschaftsbremser, Arbeitsplatzverhinderer und was der üblen Worte mehr sind, zu stempeln. Nur zielt dieser Vorwurf leider an der Sache vorbei.

Sache ist, dass wir mit unserer Ablehnung nur konsequent denken und auch handeln und uns an die einmal abgemachten Spielregeln halten und die lauten nun mal: Jedes Teil an seinem dafür vorgesehenen Standort. Wir machen keine Schönwetterpolitik. Wir wollen ganz einfach keine

Dienstleistungs- und Handelsbetriebe in den Landwirtschaftszonen. Und dies eben konsequent und nicht da und dort mit einer Ausnahme.

Und noch ein Nachsatz - oder vielmehr ein Frage an die – vielleicht nur scheinbaren - liberaleren, wirtschafts-, gewerbe- und wettbewerbsfreundlichen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat: Können Sie mir erklären, wieso der Ryffel, der Landi, der Schmid uns wie sie alle heissen, ihre Produkte auf viel teurerem Bauland feilbieten müssen und der Kunz nicht. Ist das der Wettbewerb den sie meinen?

Marc Meyer, 19. Juni 2006

Stadtrat Thomas Kübler nimmt Stellung zu den Voten von Marc Meyer: Bis zu einem gewissen Teil kann er den Voten folgen, dass ein Gewerbe in der Landwirtschaftszone befremdet. Aber es überwiegt in diesem Fall das ökologisch Wertvolle und der Gestaltungsplan musste verschiedenen Bestimmungen gerecht werden, die Auflagen seien strikt. Man hätte ein gutes Zwischenmass gefunden, ist Stadtrat Thomas Kübler überzeugt. Nicht zuletzt werde Winiken verkehrsmässig entlastet.

Simone Michel kritisiert namens der Grünen die geplanten 55 Parkplätze. Das Café Keller und die umliegenden Geschäfte zusammen hätten bloss 10 Parkplätze. Es handle sich hier um eine klare Missachtung der Zonenplanung. Es werde ein Gartenbaucenter geben da oben, prophezeit sie, eine Farce.

Balthasar Thalmann möchte die Aussage von Stadtrat Thomas Kübler dahingehend berichtigen, dass gerade die Stadtbildkommission speziell im Bericht nach Art. 47 RPV von Basler & Hofmann verschiedene Hinweise gegeben hätte. Er geht davon aus, dass der Stadtrat ein spezielles Auge darauf haben werde, wenn es um das Verkaufsgebäude geht in der Bauphase.

René Biber ist der Ansicht, dass ein gutes Projekt vorliegt und man sollte einem Ustermer Gewerbetreibenden eine Zukunftsperspektive geben.

Rolf Denzler referiert namens der SVP-/EDU-Fraktion. Es gehe hier um die Zukunft eines langjährigen ansässigen Gewerbetreibenden, den es zu unterstützen gelte. Der Wirtschaftsstandort Uster sei keine schleichende Gefahr für ein Gartenbaucenter. Er verweist auf den UVP-Bericht, der positiv ausgefallen ist.

Patrizia Bernet sagt ja zu einem ortsansässigen Betrieb aber dies sei kein Grund, die rechtlichen Grundlagen zu missachten.

Christian Keller führt aus, dass der Zweckartikel die Erstellung von betrieblichen Gebäuden erlaube. Daher werden keine rechtlichen Grundlagen missachtet.

Thomas Kübler betont, dass man sich hier nicht in einem Graubereich bewege. Der Gestaltungsplan schaffe gerade die rechtlichen Grundlagen, damit sich der Betrieb weiterentwickeln könne.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 20: 7 Stimmen

- 1. Der private Gestaltungsplan «Kunz Baumschulen AG, Uster», bestehend aus
- Gestaltungsplan, Situation 1:1'000, vom November 2005;
- Vorschriften zum privaten Gestaltungsplan mit den Art. 1 bis 15,
wird festgesetzt.**
- 2. Vom Umweltverträglichkeitsbericht vom April 2005 wird Kenntnis genommen.**
- 3. Vom Bericht gemäss Art. 47 der Raumplanungsverordnung (RPV) wird Kenntnis
genommen.**
- 4. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Gestaltungsplan in eigener Zu-
ständigkeit vorzunehmen, sofern sich dies als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im
Genehmigungsverfahren als notwendig erweist. Solche Beschlüsse sind öffentlich
bekannt zu machen.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

10 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster, Vorschlag für den Verwaltungsrat, Wahl der Delegierten für die Amtsdauer 2006/2010, Überweisung an den Gemeinderat (Antrag Nr. 3)

Für die Geschäftsleitung Harry Kohler.

Die GL hat die vorliegende Liste an ihrer Sitzung vom 31. Mai 2006 einstimmig gutgeheissen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 3. Als Delegierte in die Spitalbehörde für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt:**
 - Susanne Fischer, Sonnenbergstrasse 44, 8610 Uster
 - Reinhard Giger, Friedhofstrasse 7, 8610 Uster
 - Hans-Peter Hüsler, Bonstettenstrasse 6, 8610 Uster
 - Beat Schäfer, Alpenblickstrasse 21, 8610 Uster
 - Elisabeth Schlegel, Meierackerstrasse 1, 8610 Uster
- 4. Als Ersatzdelegierter:**
 - Ernst Brassel, Stadt Uster, Abteilungsleiter Gesundheit
- 5. Als Spitalpräsident wird Edgar P. Hirt, Uster und als Verwaltungsrätin wird Esther Rickenbacher, Stadträtin, Abteilungsvorsteherin Gesundheit der Delegiertenversammlung zur Wiederwahl vorgeschlagen.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat.**

11 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Kehrichtverwertung Zürcher Oberland KEZO, Vorschlag für den Verwaltungsrat, Wahl der Delegierten für die Amtsdauer 2006/1010, Überweisung an den Gemeinderat (Antrag Nr. 2)

Für die Geschäftsleitung referiert Harry Kohler.

Die GL hat die vorliegende Liste an ihrer Sitzung vom 31. Mai 2006 einstimmig gutgeheissen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 7. Als Delegierte in den Zweckverband Kehrichtverwertung Zürcher Oberland KEZO für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt:**
 - Dr. Felix Gartmann, Karlstrasse 2, 8610 Uster
 - Andres Kunz, Strandbadweg 5, 8610 Uster
 - Peter Rysler, Drusbergstrasse 15, 8610 Uster
 - Peter Wüthrich, am Klusbach 12, 8616 Riedikon
- 8. Als Ersatzdelegierter:**
 - Ernst Brassel, Stadt Uster, Abteilungsleiter Gesundheit
- 9. Als Mitglied in den Verwaltungsrat KEZO wird der Delegiertenversammlung, Esther Rickenbacher, Stadträtin, Abteilungsvorsteherin Gesundheit, vorgeschlagen.**
- 10. Mitteilung an den Stadtrat.**

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 10. Juli 2006 statt.

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Harry Kohler

Datum Die StimmenzählerInnen:

Stefan Feldmann

Lennie Grob-Overdulve

Andres Kunz